ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der

DFG-VK

Nr. 5/2010 | 36. Jahrgang | 2,30 €

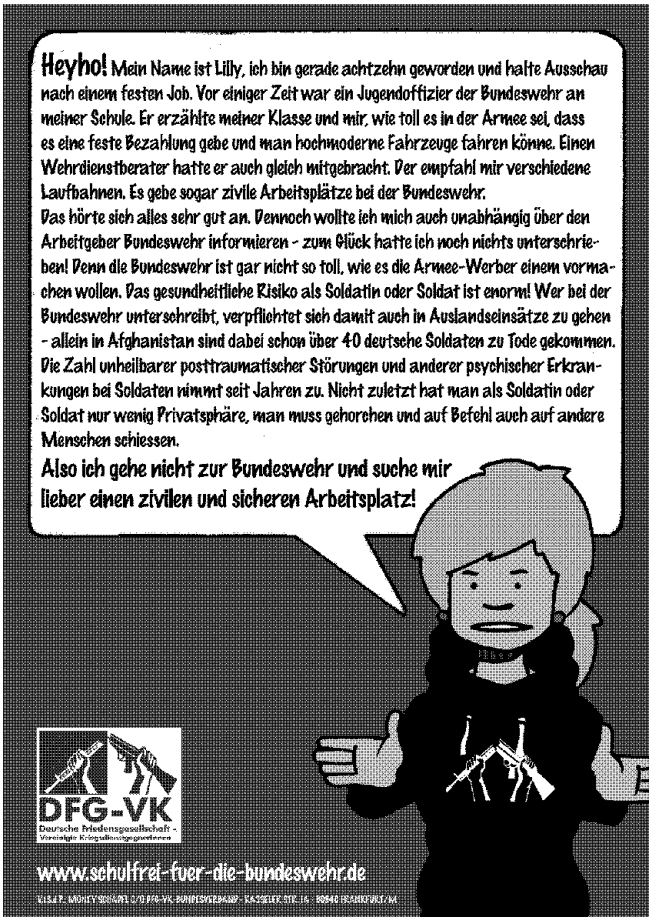
Die NATO -

altes Kriegsbündnis mit neuer Strategie

mit der Beilage
atomwaffenfrei
information der gewaltfreien aktion atomwaffen abschaffen

Titel
Tobias Pflüger
Die Nato – altes Kriegsbündnis mit neuer Strategie 4
Monty Schädel
Aktions- und Polizeierfahrungen bei den Protesten gegen den Nato-Gipfel in Lissabon 7
Antimilitarismus
Jürgen Grässlin
Strafanzeige gegen Heckler & Koch wegen illegaler Waffenlieferungen nach Mexiko
Markus Pflüger
Erfahrungen mit dem Simulationsspiel POL&IS 16
International 8
Guido Grünewald
Ein Klima des Friedens - Dreijahreskonferenz des Internationalen Friedensbüros 12
Maj Britt Theorin
Kein Klima des Friedens ohne volle Beteiligung von Frauen 12
Interview mit dem amerikanischen Whistleblower Subrata Goshroy 13
Aktion
Roland Blach, Stephan Brües, Otto Reger
Gewaltfrei Leben gestalten– Aktionskonferenz PAXX 18
Wilfried Porwol
Aktion für Deserteure in Kanada 21
Intern
Die DFG-VK programmatisch weiterentwickeln -- Einladung zu einer Programmdiskussion 20
Zum 85. Geburtstag von Alois Stoff 22
Nachruf auf Patrick List 23

Neue Aufkleber, Plakate, Buttons im Internet-Shop der DFG-VK



www.dfg-vk.de/shop

Wieso legen sich junge Menschen mit der mächtigsten Institution im Staate an - dem Militär?
Der Fotograf Timo Vogt besuchte Kriegsdienstverweigerer in Deutschland, Armenien, Israel und der Türkei. Sie erzählten von ihren Beweggründen und den zuweilen folgenschweren Konsequenzen ihrer Gewissensentscheidung. An der israelischen Sperrmauer, mit der Bundeswehr am Hindukusch, bei Militäroaraden in der Türkei oder in den Schützengräben der Front von Nagorny-Karabach entstand die fotografische Begleitung der Geschichten von mutigen Querdenkern.
Die Audio-Slideshow verbindet Fotografie und Ton zu einem „Film" der besonderen Art.
Connection e.V., Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bild-Kunst: ... aber hat nicht gedient. Eine Audio-Slideshow von Timo Vogt. Trotzdem Verlag. ISBN 978-3-86569-922-0. 15 Euro

Redaktion **ZivilCourage**
Postfach 900843, 21048 Hamburg
Telefon 040-58966161 eMail zc@dfg-vk.de

Die **ZivilCourage** erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage" und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil" heraus.

Foto: Peter Tobiassen

Liebe Leserin, lieber Leser,

monatelange Massenproteste gegen die milliardenteure Verbuddelung des Bahnhof in Stuttgart, die größte Anti-AKW-Demo seit Jahrzehnten im Herbst im Wendland, eine 120 Kilometer lange Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel im April. Es tut sich was im Land, wenn man auf das Jahr zurückschaut.
... und Frieden? Der Krieg in Afghanistan dauert schon länger als der Zweite Weltkrieg. Ein wirkliches Ende ist nicht in Sicht, westliches Militär wird dort noch viele Jahre bleiben. Aber auch massenhafter Protest gegen diesen Krieg ist nicht in Sicht. Thema ist dieser Krieg nur dann, wenn wieder einmal ein deutscher Soldat dort „fällt", dann wird von den Regierungs-Kriegstreibern weihevoll Betroffenheit inszeniert. Eine sehr gemischte Bilanz also. Vielleicht sollte man aber auch die Erfolge feiern, die nicht gleich ins Auge fallen. Faktisch wird 2011 die Wehrpflicht abgeschafft, der Kriegsdienstzwang wird nach 56 Jahren aufgehoben. Auch wenn Guttenberg aus Finanzgründen auf die Zwangsverpflichtungen verzichtet – durchsetzen hätte er diesen Freiheitsgewinn gegen die reaktionären und stockkonservativen Teile in der Union nicht, wenn die Kriegsdienstverweigerer, Pazifisten und Antimilitaristen nicht in jahrzehntelanger Arbeit die gesellschaftliche Grundlage dafür gelegt und die Mehrheitsmeinung so geprägt hätten. Das ist unser Erfolg. Und er zeigt, dass Veränderung langen Atem braucht. Lasst ihn uns behalten und immer wieder neu entwickeln, damit der Krieg genauso abgeschafft wird wie einst – und davor für die meisten ebenso unvorstellbar – die Sklaverei.

Stefan Philipp

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-58966161, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de ● **Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt ● **Redaktion:** Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de) ● **Druck:** GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-6003 45 ● **Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711- 3202834 ● **ISSN:** 1614-1954 ● **Anzeigenverwaltung:** SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-69647239, eMail, sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig. ● **Erscheinungsweise:** zweimonatlich, sechs Mal jährlich ● **Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. ● **Offizielle Stellungnahmen** der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. ● **Namentlich** gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. ● **Der Nachdruck** von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. ● **Bezugsbedingungen:** Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin. ● **Beilagen:** „atomwaffenfrei" (Gesamtauflage), „Südwest-Kontakte" des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilauflage) ● **Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 13. Dezember 2010. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2011, Redaktionsschluss ist der 24. Januar 2011.

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, 069-27 29 82 31, office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer: Monty Schädel, 0177-887 10 14, schaedel@dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-81 80 32, Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, 089-89623446, bayern@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, dfgvk@bamm.de, www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen 0421-596 49 61, nds-hb@dfg-vk.de, www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, 069-431440, dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, 0177-887 10 14, mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, 0231-818032, dfg-vk.nrw@t-online.de, www.nrw.dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, 034299-76637, lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), saar@dfg-vk.de

ZivilCourage Abo schnipsel

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto
BLZ

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum
Unterschrift

Die NATO – altes Kriegsbündnis mit neuer Strategie

Beim Nato-Gipfel im November in Lissabon hat das Militärbündnis ein neues strategisches Konzept beschlossen. Dieses hält fest an Atomwaffen und weiterer Aufrüstung. Tobias Pflüger analysiert die Nato-Planungen und berichtet über die Gegenaktionen der Friedens- und Antikriegsbewegung.

Von Tobias Pflüger

Die Nato hat seit der Auflösung des Warschauer Paktes zum 1. Juli 1991 ein Problem: Ihr ist der Feind abhanden gekommen. Bei der Verabschiedung des letzten Strategischen Konzeptes im April 1999, also während des Kosovokrieges, ließ sich das noch ganz gut verstecken. Dieses Mal wurde es deutlich, „neue Feind-und Bedrohungsszenarien“ mussten her. Das sind die Kernpunkt der neuen Strategie:

Nukleare Abschreckung

Die Nato hält an Atomwaffen als absolute Notwendigkeit für die Abschreckungspolitik fest. Atomwaffen sollen in Europa weiterhin stationiert und modernisiert werden: Den „unabhängigen strategischen nuklearen Streitkräfte“ der Briten und Franzosen wird „eine eigenständige abschreckende Rolle“ zugeschrieben. Auch alle US Atomwaffen werden modernisiert. Die Gesamtkosten liegen bei ca. 1 Milliarde US-Dollar.

Das Bundestagsvotum zum Abzug der in Deutschland stationierten Nuklearwaffen wurde von der Bundesregierung in den Verhandlungen zum neuen Strategischen Konzept anscheinend nicht als unverzichtbarer Punkt eingebracht.

Sowohl im „Nuclear Posture Review 2010“ als auch in der neuen Nato-Strategie wird das Proliferations-Risiko als das zentrale Risiko stark betont. Dabei wird aber der enge Zusammenhang zwischen der so genannten friedlichen Nutzung der Atomenergie und dem Proliferationsrisiko nicht näher untersucht. Wohl aus guten Gründen, denn damit müssten der Atomwaffensperrvertrag, die darin enthaltenen jeweiligen Verpflichtungen der offiziellen Atomwaffenstaaten und der Nicht-Atomwaffenstaaten sowie die Umsetzung dieser Verpflichtungen beleuchtet werden.

Dafür steht im Nato-Konzept einiges zur Modernisierung des US-Atomwaffenarsenals. Aufrüsten, um abzurüsten? Es besteht jedenfalls ein offensichtlicher Widerspruch zwischen dem angestrebten Ziel „Global Zero“ und dem Bestehen auf Abschreckungskapazitäten, „solange es Atomwaffen gibt“. USA und Nato gehen also wohl davon aus, dass sie ihre Atomwaffen als letzte bzw. bestenfalls gleichzeitig mit anderen offiziellen oder inoffiziellen Atommächten verschrotten, was Verhandlungen über eine völlige nukleare Abrüstung sehr schwierig macht, wenn die anderen Atommächte sich auf denselben Standpunkt stellen. Besondere Brisanz erhalten die nuklearen Aufrüstungspläne durch die Übernahme der US-Pläne für eine eigene Raketenabwehr als zentrales Nato-Projekt, das auf die Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Europa hinausläuft.

Raketenabwehr

Das Missile-Defense-System ist ein Kernstück der neuen Doktrin. Es bedeutet die Übernahme der US-Pläne für eine eigene Raketenabwehr als zentrales Nato-Projekt. Das bedeutet die zweite Niederlage deutscher Politik, die diesen Überlegungen bisher eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstand.

Ein Raketenschirm soll Europa schützen, bleibt die Frage: gegen wen? Schon

jetzt in der Startphase kostet das Raketenabwehrprojekt 200 Millionen Euro, die Gesamtkosten werden eher bei 10 als bei 5 Milliarden Euro liegen. Es ist ein Milliardengrab für viele Ökonomien in Europa, aber ein gigantisches Beschaffungsprogramm für die Rüstungsindustrie.

Durch das Festhalten an den Atomwaffen bleibt es strategisch bei der „Schwert und Schild"-Konzeption. Dies kann auch die Überwindung der Abschreckung durch das Erreichen einer Erstschlagskapazität beinhalten.

Erweiterung bzw. Partnerschaft

Eine weitere Ausweitung gen Osten wird – wenn auch vorsichtiger als in vergangenen Dokumenten – als Ziel formuliert. Dazu gehören auch neue partnerschaftliche Allianzen mit den ehemaligen südlichen Republiken der Sowjetunion, Indonesien und Malaysia, aber auch Australien und Neuseeland. Japan soll neu in eine Zusammenarbeit integriert werden. Bei Betonung des regionalen Charakters der Nato wird also de facto ihre weltweite Interventionsfähigkeit und Ausbreitungsstrategie festgeschrieben – oder die Nato tritt, wenn ihre Absichten denn tatsächlich friedlich wären, in direkte Konkurrenz zur Uno.

Das Hauptproblem an der Nato-Osterweiterung und den diversen Partnerschaftsprogrammen ist, dass damit ein immer mächtigerer Militärblock entsteht, der für alle Staaten der Welt, die nicht eingebunden sind, bedrohlich wirkt, solange er militärisch immer weiter aufrüstet und sich zusätzlich ausdrücklich das Recht nimmt, sich im Zweifelsfall selber für Militäreinsätze in aller Welt zu mandatieren. Damit werden massive Rüstungswettläufe wahrscheinlicher.

Auslandseinsätze und Interventionskriege

Der Krieg in Afghanistan wird als aktuelle und zentrale Herausforderung für die Nato gesehen und soll mit verstärkter zivil-militärischer Vernetzung bis zum Sieg fortgesetzt werden. Die Nato ist wild entschlossen, die „Voraussetzungen für einen Erfolg in Afghanistan zu schaffen". Außer einer Liste wünschenswerter Ziele (Stabilität, kein Rückzugsort für Terroristen) und einem diskreten Hinweis auf „lessons learned" (der dem impliziten Eingeständnis massiver Fehler gleichkommt) findet sich aber nichts, was darauf hindeutet, dass es eine Afghanistan-Strategie der Nato gibt.

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat im Vorfeld der Verabschiedung des strategischen Konzepts von einem „true comprehensive approach" gesprochen, bei dem im Rahmen eines militärischen Eingreifens ziviles Nato-Personal für „early reconstruction and stabilisation tasks" zuständig sein soll. Zu Deutsch wäre das das Personal für eine zivile Besatzungsinfrastruktur unter Nato-Kommando. Eine beklemmende Vorstellung.

Die „verkündete Abzugsoption" ist eine doppelte Mogelpackung. Auch nach 2014/15 sollen noch 50.000 ausländische Militärangehörige in Afghanistan verbleiben. Es geht also nur um die „Irakisierung" des Krieges. Und: Bis 2014 soll der Krieg in den von der Nato als bedrohlich empfundenen Regionen noch ausgeweitet und intensiviert werden. Mit allen mörderischen Konsequenzen für die Zivilbevölkerung und die Soldaten. Bei der „Abzugsoption" handelt sich also nur um eine Beruhigungspille für die „Heimatfront", tatsächlich aber um eine sogar aggressivere Fortsetzung der Kriegspolitik. Darüber können auch die (minimalen) Abzugszahlen nicht hinwegtäuschen.

„Entdeckung" neuer Aufgaben

Da die Nato-Kapazitäten für die Abwehr eventueller klassisch-militärischer Bedrohungen überdimensioniert sind, werden neue Aufgaben „entdeckt". Dabei wird weder zwischen Risiken und Bedrohungen unterschieden, noch überzeugend dargelegt, warum ausgerechnet ein Militärbündnis die geeignete Struktur ist, um den beschworenen Gefahren zu begegnen. Also wird die offensichtliche Tatsache zugegeben, dass das Szenario des klassischen militärischen Angriffs auf Nato-Staaten immer weniger wahrscheinlich wird, dafür werden Raketenangriffe aus heiterem Himmel, terroristische Anschläge, Piraterie und „Cyberwar"-Szenarien (also Angriffe auf informationstechnische Infrastrukturen) beschworen.

Damit aber nicht genug. Auch Probleme, die ganz offensichtlich nicht durch militärisches Eingreifen gemildert werden können – Armut, Hunger, illegale Einwanderung, Pandemien, Umweltprobleme, Klimawandel und schließlich auch die internationale Finanzkrise – könnten nach Ansicht der Nato-Experten direkt oder indirekt dazu führen, dass Menschen zu den Waffen greifen, und damit – weil der Weg von Waffen zum Krieg nicht weit ist – zu einem „Sicherheitsproblem", also zu einer Aufgabe für die Nato werden. Die weitere Aufrüstung der Nato-Staaten wird also mit den Problemen begründet, die durch die hohen Kosten für Militär und Rüstung, durch Waffenexporte und den Ressourcenverbrauch des Militärs überhaupt erst entstehen oder verschärft werden.

Nato und EU

Im Punkt 32 des neuen strategischen Konzepts der Nato steht: „Die EU ist ein einzigartiger und essentieller Partner der Nato [...] Wir begrüßen das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages." Und dann sagt das Militärbündnis ganz offen, dass für diese neue strategische Partnerschaft die vollständige Umsetzung des Lissaboner Vertrages der EU essentiell ist. Das bedeutet erstens, dass unsere Kritik am Lissabon-Vertrag sich wieder einmal bestätigt. Und zweitens, dass die EU von der Nato auch als Militärbündnis wahrgenommen wird.

Verwiesen wird auf eine notwendige Arbeitsteilung: Aufbau und Einsatz ziviler Kapazitäten sollen eher von der EU und der OSZE, militärische Aktivitäten eher von der Nato übernommen werden. Wie eine Arbeitsteilung zwischen völlig unterschiedlich strukturierten Organisationen mit sich nur teilweise überschneidender Mitgliedschaft aussehen könnte, wird nicht ernsthaft diskutiert. Im Strategischen Konzept vom 19.11.2010 findet sich kein expliziter Vorschlag zur Arbeitsteilung, sondern stattdessen der Vorschlag, dass die Nato selber zivile Kapazitäten aufbaut und zusätzlich den Anspruch erhebt, in bestimmten Situationen die zivilen Akteure insgesamt (also über Nato-Mitgliedsstaaten hinaus) zu koordinieren, was das Problem nicht behebt, sondern im Gegenteil verschärft.

Insofern besteht die Gefahr, dass in der Realität nicht eine „Friedensmacht Europa", sondern die durch den Lissabon-Vertrag festgeschriebenen Militarisierungstendenzen in der EU gefördert werden. Dass das Inkrafttreten dieses Vertrags im Strategischen Konzept unter Verweis auf die entsprechende Passage ausdrücklich begrüßt wird, verstärkt diesen Verdacht.

Fähigkeiten

Breiten Raum nimmt die Debatte um die notwendigen Investitionen und Umorganisationen im Bereich militärischer Strukturen und Ausrüstung ein. Stichworte hierzu sind: Interoperabilität, multinationale Einheiten, Rapid Response Forces/schnelle Eingreiftruppen, Special Operation Forces/Spezialkräfte, maritime Überwachungskapazitäten, Comprehensive approach/vernetzte Sicherheit, Spezialisten zur Abwehr von „major cyber attacks".

Jede Einzelne dieser Investitionen und institutionellen Veränderungen ist kostenintensiv und verstärkt die weitere Um-

widmung der Nato zu einem weltweiten Interventionsbündnis.

Das Nato-Russland-Verhältnis

Um sich nicht mit der Frage auseinandersetzen zu müssen, welche fatalen Auswirkungen auf das Verhältnis der Nato-Staaten zu Russland die diversen Osterweiterungen und Auf- bzw. Umrüstungsprogramme der Nato haben und hatten, wird hier reine Symbolpolitik empfohlen:

Es soll eine einheitliche Position gegenüber Russland gefunden und die Kooperation mit Russland verstärkt werden. Dahinter steckt ein nicht ausgesprochener Dissens: Den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes bzw. ehemaligen Sowjetrepubliken war bei ihrem Nato-Eintritt in erster Linie daran gelegen, einen – notfalls auch militärisch abgesicherten – Schutz vor Einflussnahme durch den ehemals übermächtigen Nachbarstaat zu haben.

Daher wird auch die Verantwortung für den Stillstand bei der konventionellen Rüstungskontrolle, insbesondere dem KSE-Vertrag implizit Russland zugeschoben, obwohl das Übereinkommen über die Anpassung des KSE-Vertrages von 1999 im Jahr 2004 von Russland, Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine ratifiziert wurde, während die Nato-Staaten den Vertrag nicht ratifiziert haben. Als Begründung hierfür wurde angegeben, dass ein von der Nato geforderter Rückzug russischer Truppen aus Transnistrien und Georgien nicht erfolgt sei – dieser war allerdings nicht Vertragsbestandteil.

Die „Abrüstungsgefahr“

Dass im neuen Strategischen Konzept das Wort „Abrüstung“ überhaupt auftaucht, ist leider kein Fortschritt, sondern eher Ausdruck dessen, dass mindestens ein Teil der Nato-Staaten davon gar nichts hält: Die Nato möchte in Zukunft bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsvorhaben der Mitgliedsstaaten einen Konsultationsmechanismus etablieren, weil diese „Auswirkungen auf die Sicherheit aller Mitglieder des Bündnisses“ haben könnten. Völlig unklar ist, was in diesem Kontext mit „nationalen Entscheidungen“ alles gemeint sein könnte. Es ist kaum vorstellbar, dass Nato-Mitglieder in Zukunft internationale Verträge wie das Landminenverbot erst nach Rücksprache mit sämtlichen anderen Nato-Mitgliedern unterzeichnen dürfen oder dass das ersatzlose Ausmustern veralteter bzw. obsoleter Waffensysteme von einem Konsultationsprozess begleitet werden müsste. Die Nato wird zu einem weiteren Abrüstungsblockierer.

Bewertung

Die Nato-Staaten tun alles, um die „Friedensdividende“ auch knapp 20 Jahre nach der Auflösung des Warschauer Paktes möglichst gering zu halten. Einmal mehr werden große Anstrengungen unternommen, um zu begründen, warum „Sicherheit“ originäre Aufgabe von Militärs ist. Die bei der großen Mehrzahl der PolitikerInnen nach wie vor ungebrochene Vorstellung, dass staatliche Macht direkt mit militärischen Kapazitäten verknüpft ist, verhindert bis heute eine breitere gesellschaftliche Debatte darüber, welche Rolle Militär und Militärbündnisse bei den drängendsten Zukunftsproblemen spielen können oder sollen. Der „Versicherheitlichung“ und damit Militarisierung von eindeutig zivilen Problemen (Klimawandel, Umgang mit Flüchtlingen, Schutz von informationstechnischen Systemen und Netzen, Umgang mit organisierter und terroristischer Kriminalität, Energie- und Rohstoffversorgung) muss ebenso entschieden entgegengetreten werden wie den Plänen der Nato, in Krisenregionen mit eigenen zivilen Einsatzkräften bzw. als Koordinator für zivile Einsätze aufzutreten. Das gilt umso mehr, als die Nato nach wie vor nicht bereit ist, Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes an eine Mandatierung durch den UN-Sicherheitsrat zu binden.

Aktionen der Friedensbewegung

„Nato bedeutet Krieg! Deshalb Nein zur neuen Nato-Strategie“ heißt es in der Abschlusserklärung des zweitägigen internationalen Gegengipfels zum offiziellen Nato-Gipfel in Lissabon. Mehr als 250 TeilnehmerInnen aus 21 Ländern diskutierten auf dem von dem internationalen Netzwerk „No to war – No to Nato“ organisierten Gegengipfel über die neue Nato-Strategie und friedliche zivile Alternativen. Die Zahl der Teilnehmer aus Portugal war – bedingt durch vielfältige Auseinandersetzungen in den verschiedenen Teilen der portugiesischen Friedensbewegung – eher gering.

Dennoch: Ein Gegengipfel voller neuer Argumente, der Mut macht, die Umsetzung der neuen Nato-Strategie entschieden zu bekämpfen.

Einhellig auch die Meinung, dass sich die Friedensbewegung international noch stärker vernetzen und ihre Anstrengungen gegen das weltweite Militärbündnis Nato stärker koordinieren muss. Die Differenzen in der portugiesischen Linken und in der Friedensbewegung konnten wir nicht beheben, auch nicht überbrücken. Unsere Position, dass wir uns an allen Aktionen beteiligen, stieß auf wenig Gegenliebe, im Gegenteil.

Nur dem besonnenen und jederzeit bündnis-offenen Verhalten der internationalen Anti-Nato-Koalition ist es zu verdanken, dass es zu keiner zugespitzten Situation kam und gegenüber der Öffentlichkeit die gemeinsame Ablehnung der Nato im Mittelpunkt stand.

Den Worten ließen TeilnehmerInnen dieses Gegengipfels Taten folgen. Fast 100 Aktivistinnen und Aktivisten beteiligten sich am Samstagvormittag an einer erfolgreichen Aktion des zivilen Ungehorsams, einer gewaltfreien Blockade eines der Zufahrtswege zu dem Kongresszentrum, in dem die „Großen der Welt“ über Kriege berieten. Die Polizei reagierte mit Verhaftungen, aber ohne brutale Gewalt. Alle Demonstranten wurden nach 14 Stunden freigelassen.

Nach Angaben der Veranstalter „Paz sim – Nato nao“ folgten ungefähr 30.000 Menschen dem Aufruf des portugiesisches Friedenskomitees, des internationalen Netzwerkes „No to war – No to Nato“, vieler weiterer Organisationen und Parteien und demonstrierten in einer friedlichen und gewaltfreien Demonstration durch Lissabon. „Nein zur Nato“ wurde unüberhörbar in der portugiesischen Innenstadt. Rote Fahnen prägten diese Friedensdemonstration, der ein mehr an Friedens-Gemeinsamkeit und ein weniger an sektiererischer Abgrenzung sicher gut getan hätte.

Die durch die Medien beschworene „Gewalt“ fand real statt: in Form von

Nichterlaubnis der Einreise von fast 200 aktiven, friedensengagierten Menschen und der Verhaftung von 41 AkteurInnen des zivilen Ungehorsama, die illegal und ohne Kontakt zu einem Anwalt festgehalten wurden. Wieder zeigte sich: Demokratie und Nato sind nicht vereinbar. Nato bedeutet gleichermaßen Aggression nach außen und Abbau von Demokratie und Partizipation nach innen.

Die Gefahren der Nato einer größeren Öffentlichkeit näher gebracht zu haben, gelang durch eine außerordentlich erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Weltweit war die Friedensbewegung mit den Aktionen in Portugal medial präsent – in den Nato-Ländern wurde ausführlich über sie berichtet. Ein Erfolg der Kontinuität der Protestaktionen des internationalen Netzwerkes und des Engagements der Friedensbewegung auch zwischen den Gipfeln. Hierzu haben sicher auch die eigenen Live-Übertragungen via Internet beigetragen. Die Ausstrahlungskraft des Engagements war ermutigend und zeigt, dass eine lähmende Gewalt-Diskussion überwunden und die realen Fakten einer Kriegspolitik wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden können – gewaltfreie Aktionen sind dazu unabdingbar.

Es war gut, dass wir hier waren und einiges bewegt haben: ein weiterer, zumindest kleiner Schritt zur Delegitimierung der Nato ist gelungen. Wo die Nato tagt, wo Aufrüstung und Krieg propagiert werden ist auch die internationale Friedensbewegung aktiv. Wir werden keine Ruhe geben – bis zur Auflösung der Nato.

Insgesamt bleibt aber auch der Eindruck zurück: Die erfolgreiche internationale Zusammenarbeit über viele politische und ideologische Grenzen, über Parteien und Organisationszusammenhänge hinweg, wie sie sich in dem internationalen Netzwerk „No to war – No to Nato“ niederschlägt und die gegen das stärkste Militärbündnis der Welt offensichtlich notwendig ist, hat sich in Portugal noch nicht in ausreichendem Maße zu einem Mehr an gemeinsamen Handeln der Friedenskräfte entwickelt.

Das Anti- Nato-Bündnis hat vereinbart, auch den Nato-Gipfel 2012 in Washington mit vielfältigen gemeinsamen Aktionen zu begleiten. Auf der Jahreskonferenz im April 2011 in Dublin sollen die Planungen konkretisiert werden. Die Delegitimierung der Nato ist eine dauernde und langfristige Herausforderung.

Tobias Pflüger ist DFG-VK-Mitglied und seit Jahren national und international, parlamentarisch und außerparlamentarisch aktiv. Seit Mai ist er Mitglied im Linke-Parteivorstand.

(für die Polizei) Überraschend gewaltfrei!

Aktive mehrerer WRI-Sektionen sowie andere Antimilitaristen ergänzten die Proteste (Demo) und Informationen (Antikriegskongress) gegen den Nato-Gipfel 2010 in Lissabon durch eine „spontane“ Aktion des zivilen Ungehorsams (Blockade): Mehrere Dutzend – aus Spanien, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Schweden, Österreich, Polen, Deutschland, Kanada, Portugal und Frankreich - ließen sich im Zentrum der Metropole auf einer Kreuzung nieder und protestierten mit Sprechchören, Transparenten öffentlichkeitswirksam gegen die Nato-Kriegspolitik.

Auch wenn die Blockade durch ein sehr rabiates Vorgehen der Polizei schon nach kurzer Zeit wieder aufgelöst wurde und 45 festgenommene DemonstrantInnen bis zu 14 Stunden im Polizeigewahrsam verbringen mussten, machte spätestens der Blick in die portugiesischen Zeitungen am Tag danach den vollen Erfolg deutlich.

Bereits bei der Räumung der Blockade, aber auch beim Umgang mit den festgesetzten Aktiven war zu erkennen, dass der konsequent gewaltfreie, fast kooperative, Widerstand die Polizei vor einige Probleme stellte. Massiv aufgerüstet hatte diese offensichtlich körperlichen Widerstand oder gar Angriffe erwartet. Da diese Erwartung nicht bestätigt und ein Wechsel der Strategie offensichtlich nicht möglich war, waren die Zeitungen und Agenturen dominiert von Bildern und Berichten, die Aktive von Polizeistiefeln auf den Boden gedrückt und Polizisten auf Clowns liegend präsentierten. Hinzu kam die Darstellung der Teilaktion, bei der sich Kriegsgegner mit dem Blut der Opfer der Nato-Kriege überschütteten.

Dass in einer EU- und Nato-Demokratie, die vorgibt für die Einhaltung von Menschenrechten mit und in diesen Bündnissen weltweit Krieg führen zu müssen, die staatsanwaltliche Anklage gegen die Aktiven dann so konstruiert daher kommt, machte die Hilflosigkeit des Apparates mit solcher Art von Aktion deutlich. In Ermangelung von Gewalt und Straftaten sind die Kriegsgegner u.a. wegen „Haltens von Transparenten“ und „Rufens von Sprüchen“ wie „Die Nato ist das Problem und nicht die Lösung“ oder „Nato – Game over“ angeklagt worden.

Das große Medieninteresse an dieser Aktion zivilen Ungehorsams und die hervorgehobene Berichterstattung am nächsten Tag machen deutlich, dass mit solcher Art Aktion – gut vorbereitet und organisiert, konsequent durchgeführt sowie den Aktionskonsens durchhaltend – auch mit relativ wenigen Personen Öffentlichkeit erzeugt werden kann und der gewalttätige Militär- und Polizeiapparat dagegen nur verlieren kann. Dass außerdem das Durchschnittsalter der Aktiven bei dieser Aktion maximal dreißig Jahre betragen haben dürfte und unter den Inhaftierten trotz widriger Bedingungen eine sehr solidarische, teilweise fast ausgelassen fröhliche Stimmung herrschte, finde ich sehr ermutigend. In der DFG-VK sollte uns das zur Planung und Unterstützung solcher Aktionen veranlassen – und nicht zum Theoretisieren von Aktionsmöglichkeiten. Spätestens im Sommer 2011 werden sich Aktive aus den Gruppen von Lissabon zu einem Aktionscamp im Norden Schwedens treffen. Neue Gesichter sind sehr willkommen.

Monty Schädel ist Politischer Geschäftsführer der DFG-VK. Er gestaltete auf dem Antikriegskongress in Lissabon einen Workshop und war während der Blockadeaktion von der portugiesischen Polizei festgenommen worden. Weitere Fotos der Blockadeaktion u.a. in der Bildgalerie auf der DFG-VK-Homepage (www.dfg-vk.de).

Brisante Erkenntnisse im G36-Deal

Heckler & Koch soll illegal Gewehre an die mexikanische Polizei geliefert haben

Von Jürgen Grässlin

Bei Heckler & Koch ist Feuer unterm Dach: Mit Wissen der H&K-Geschäftsleitung sollen verbotenerweise G36-Gewehre, später auch Ersatzteile in mexikanische Unruheprovinzen exportiert worden sein. Die Strafanzeige wegen des Verdachts illegaler Waffenlieferungen wurde bereits im April 2010 gestellt. Das Zollkriminalamt in Köln und die Staatsanwaltschaft ermitteln seither.

Was dem zuständigen Stuttgarter Staatsanwalt bei bereits erfolgten Zeugenvernehmungen mitgeteilt worden ist und was er bei kommenden Vernehmungen noch erfahren dürfte, weist den Weg zu einem Rüstungsexportskandal auf allerhöchster Ebene: So sollen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz verletzt, das Bundesausfuhramt und letztlich der Bundessicherheitsrat unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel getäuscht worden sein. Die Bundesregierung reagierte offenbar mit einem bis dato geltenden Genehmigungsstopp für H&K-Waffenexporte nach Mexiko.

Meine neuerlichen Recherchen haben nunmehr ergeben, dass der Fall noch brisanter ist als bislang bekannt: Trotz katastrophaler Menschenrechtslage, jahrelanger Verwicklungen von Polizeien in schwerste Menschenrechtsverletzungen und weit verbreiteter Korruption in Reihen der Polizei haben mehrere Experten der Waffenschmiede sogar die Schießausbildung von Polizeien vor Ort höchstpersönlich mit übernommen – wohlgemerkt auch in verbotenen Provinzen. So jedenfalls lauten präzise formulierte Vorwürfe, die aus dem Unternehmen heraus gegen die Unternehmensführung erhoben werden.

Die H&K-Geschäftsleitung zeigt sich empört: Allein schon der Vorwurf der G36-Lieferung in verbotene Unruheprovinzen sei „absurd“, verkündet der Leiter der H&K-Rüstungsexportkontrolle, Peter Beyerle. Doch die Abwiegelungsstrategie ist angesichts der erdrückenden Faktenlage zum Scheitern verurteilt.

„Orangen“ fordern Opfer

Die Mexiko-Connection des Gewehrproduzenten Heckler & Koch GmbH in Oberndorf am Neckar reicht in die 1970er zurück. Bereits damals dealte der H&K-Handlungsreisende Armin Bähr – Deckname „Vincente“ – mit Polizeien, Militärs und Geheimdiensten.

Bährs Bemühungen sind kein Einzelfall: Mit Unterstützung der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte kann Heckler & Koch auf eine Jahrzehnte währende Tradition des Waffenhandels mit Scheindemokraten und Diktatoren in Afrika, Asien und Lateinamerika zurückblicken, die weltweit ihresgleichen sucht. Das Ergebnis ist bekannt: Rund 11 Millionen H&K-Waffen sind weltweit im Dauereinsatz, mehr als 1.500.000 Menschen haben bislang ihr Leben durch Kugeln aus dem Lauf einer von H&K entwickelten Waffe verloren, weitaus mehr sind zeitlebens verstümmelt. Schier konkurrenzlos ist Heckler & Koch „Deutschlands tödlichstes Unternehmen“.

Vincente war einer der Erfolgreichen seiner Branche. „Der kannte alle notwendigen Tricks, alle Wege“, berichtet ein Firmenmitarbeiter rückblickend. Bährs Adressaten saßen in Chile, Uruguay, Ecuador, Kolumbien und eben Mexiko. Dort betrieb Armin Bähr seine Geschäfte auch mit Behördenvertretern. Bei seinen Waffendeals bediente sich der H&K-Repräsentant im August 1977 eines kreativen Mexiko-Codes für Horst Zimmermann: Das Heer hieß „Hase, „Paul“ bezeichnete den Verteidigungsminister, „Storch“ die Polizei, hinter dem „Dichter“ versteckte sich der Staatspräsident. H&K-Waffen trugen Namen von Südfrüchten: G3-Gewehre und Scharfschützengewehre vom Typ SG1 wurden als „Bananen“ bezeichnet, hinter „Orangen“ versteckten sich HK33-Gewehre.

Deals wie diese begründeten eine Jahrzehnte währende Waffenbrüderschaft. Mit der Lizenzvergabe für das G3 wurden bei Fábrica de Armas Schnellfeuergewehre gefertigt. Die Endverbleibserklärung datiert vom 27. Juni 1979. Zudem erhielt Mexiko eine Lizenz für die Maschinenpistole MP5, deren Produktion gleichfalls bei Fábrica de Armas erfolgte. Der Einsatz von H&K-Gewehren, beispielsweise gegen wehrlose Demonstranten und gegen Bauern in Chiapas, ist eine eigene Geschichte.

Jahrzehnte lang funktionierte die Mexiko-Connection, ehe sie für mehrere Jahre auf ein vergleichsweise niedriges Niveau absank. Dem sollte abgeholfen werden.

G36 – Wiederbelebung des Waffenmarktes Mexiko

Vincente ist längst in Rente, andere sind nachgefolgt, beispielsweise Axel Haas, der Sachbearbeiter für den Vertrieb Mexiko. Seit September des Jahres 2002 war Heckler & Koch erneut in Mexiko aktiv und suchte bei den dortigen Streitkräften, Polizei- und Sicherheitskräften neue Kunden zu gewinnen. Mit Erfolg, denn drei Jahre danach kam es zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung zwischen der Oberndorfer Waffenschmiede und der staatlichen mexikanischen Im- und Exportfirma DCAM. Das Kontingent belief sich auf mehrere tausend Waffen.

Im Frühjahr 2006 startete Heckler & Koch in Mexiko-Stadt eine Marketingoffensive. Das Ziel: G36-Sturmgewehre – die zu den präzisesten und damit tödlichsten „Assault Rifles“ weltweit zählen – bei verschiedenen Länderpolizeien in Mexiko abzusetzen.

Hierzu wurde in der mexikanischen Hauptstadt eine Präsentationsveranstaltung bei der staatlichen Beschaffungszentrale DCAM unter der Führung von General Aguilar durchgeführt. Geladen waren Vertreter von Länderpolizeien aus den Bundesstaaten Mexikos, die fast vollzählig anwesend waren. Zudem waren bei dieser Waffenpräsentation die mexikanische HK-Vertretung der Firma Lamar und auch vier namentlich bekannte Mitarbeiter von Hecker & Koch zugegen.

Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: Mit Abschluss der Präsentation zeigten sich Vertreter mexikanischer Länderpolizeien beeindruckt und äußerten großes Interesse am Kauf von G36-Gewehren. Sodann konnte Peter Beyerle, bei Heckler & Koch bis heute der zuständige Leiter für Recht, Behördenkontakte, Öffentlichkeitsarbeit und Exportkontrolle, im ersten Halbjahr 2006 mit deutschen Regierungsvertretern sprechen. Beyerle wollte wissen, ob er nach Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz eine Genehmigung für den Export von G36-Gewehren in alle mexikanischen Bundesstaaten erhalten könne. Kurz nach der Voranfrage stellte die Firma Heckler & Koch Oberndorf einen entsprechenden Exportantrag für die G36.

Das Freizeichen ließ nicht lange auf sich warten. Bereits im Sommer 2006 lag

die Genehmigung für den Export von G36-Gewehren nach Mexiko vor. Sie war allerdings an eine Bedingung geknüpft: Heckler & Koch durfte wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen keinesfalls G36 nach Chiapas, Chihuahua, Guerrero und Jalisco liefern. Diese vier Bundesstaaten mussten aus dem Genehmigungsantrag gestrichen werden.

Millionengeschäfte mit Mexiko

In der Folge hielt Peter Beyerle Rücksprache mit seinem zuständigen Vertriebsmitarbeiter und der HK-Vertretung Mexiko. Die vier mit einem Waffenexportverbot belegten Bundesstaaten wurden aus dem bisherigen Genehmigungsantrag gestrichen, die Ausfuhrgenehmigung erneut beim Bundesausfuhramt (Bafa) in Eschborn beantragt. Nach der Rücksprache mit dem Bundeswirtschaftsministerium landete der G36-Exportantrag offenbar auch beim Bundessicherheitsrat.

Dieses höchste regierungsamtliche Gremium entscheidet unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin Angela Merkel und acht weiteren stimmberechtigten Mitgliedern in geheimer Sitzung über besonders brisante Waffentransfers. Zum damaligen Zeitpunkt gehörte Vizekanzler und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) dem Bundessicherheitsrat an. Im Glauben daran, dass die vier besagten Bundesstaaten Mexikos nicht beliefert werden würden, genehmigten Merkel, Steinmeier und die weiteren Minister den G36-Exportantrag aus dem Hause Heckler & Koch. Desgleichen stimmte das Bundesausfuhramt zu.

In Oberndorf konnten die Sektkorken knallen. Denn in mehreren Tranchen durften im Jahr 2006 mehr als 2.000 G36-Gewehre aus dem genehmigten Gesamtvolumen von vorerst 5.000, später sogar rund 8.000 Sturmgewehren bis 2009 nach Mexiko geliefert werden.

In den offiziellen Rüstungsexportberichten der Bundesregierung spiegeln sich die G36-Lieferungen wider. Im Jahr 2005 wurden lediglich 18 Einzelgenehmigungen für Gewehre erteilt, in den Folgejahren stieg diese Zahlen exorbitant an: So erfolgten im 2006 bereits 2.025 Einzelgenehmigungen für Gewehre, 2007 sogar 6.667. Finanziell ist dieser Deal ein lohnendes Geschäft, wie die regierungsamtlichen Rüstungsexportberichte gleichsam ausweisen: Der Wert der Lieferungen dieser 8.710 Gewehre belief sich in den besagten drei Jahren auf beachtliche 7.783.352 Euro.

Die Sache hatte einen Haken: Nach gesicherten Angaben sollen bereits 2006 über die DCAM G36-Gewehre auch in mexikanische Bundesstaaten gelangt sein, deren Export ausdrücklich von der Genehmigung durch die Bundesregierung bzw. das Bafa ausgenommen waren.

Erhebt schwere Vorwürfe: Jürgen Grässlin in der ARD-Fernsehsendung „Report“

Fauxpas bei der Antragstellung für die Exportgenehmigung von G36-Ersatzteilen

Bereits im Laufe des Jahres 2007 erteilten verschiedene Länderpolizeien mexikanischer Bundesstaaten Folgeaufträge für das G36. Sie benötigten Ersatzteile für das Sturmgewehr, beispielsweise Tragebügel mit optischem Visier und vieles andere mehr. Zudem wurden vermutlich 40-mm-Granatwerfer von Heckler & Koch bestellt. Unter den Bestellern der G36-Ersatzteile befanden sich auch Länderpolizeien der Bundesstaaten, die offenbar unerlaubterweise G36-Gewehre geliefert bekommen hatten.

Dass Gewehre im Gebrauch Verschleißerscheinungen zeigen und schnell Ersatzteile benötigt werden, ist bekannt. Weniger bekannt dürfte sein, wie lukrativ derartige Geschäfte sind. So belief sich der Wert der 2007 erfolgten Einzelgenehmigungen für Bestandteile der genehmigten Gewehrexporte auf beachtliche 1.363.934 Euro – und damit rund das Achtzehnfache des Vorjahres.

Erneut wurde der Leiter der H&K-Exportkontrolle tätig. Mit der Nachfrage aus Mexiko beantragte Peter Beyerle beim Bundesausfuhramt die Genehmigung für den Export der gewünschten G36-Ersatzteile. Dabei passierte den H&K-Antragsstellern ein folgenschwerer Fauxpas: Durch Unachtsamkeit sollen auf der im Antragsformular vorgegebenen Endverbleibserklärung auch die verbotenen Bundesländer in Mexiko als Empfänger und Lieferanschrift für die Ersatzteile angegeben worden sein.

Beim Bundesausfuhramt wurde man hellhörig. Wie konnte es sein, dass Heckler & Koch Ausfuhrgenehmigungen für Ersatzteile selbst in mexikanische Bundesstaaten anforderte, in die doch der Export der G36-Gewehre untersagt worden war? Umgehend hakte das Bundesausfuhramt bei der Oberndorfer Waffenschmiede nach, wie sich diese Nachfragen nach Ersatzteilen aus den vier Unruheprovinzen erklären ließen, die über diese Waffen offiziell gar nicht verfügten. Schriftlich erklärte H&K daraufhin: Hierbei habe es sich um ein Versehen gehandelt, das sich EDV-technisch aus der ursprünglichen Erstanfrage für den G36-Export ergeben habe.

Mit Unterzeichnung der Endverbleibsklausel hatte sich der schwäbische Waffenbauer verbürgt, dass weder G36-Gewehre noch deren Ersatzteile in die vier in bürgerkriegsähnlichen Zuständen befindlichen Bundesstaaten gelangten, geschweige denn geliefert würden. Treffen die aus dem Unternehmen heraus zugespielten umfassenden Informationen zu, dann hat Heckler & Koch sowohl die Bundesregierung als auch das Bundesausfuhramt bewusst getäuscht. Schließlich hat H&K den Eindruck erweckt, der Gewehrexport sei genehmigungsgetreu abgelaufen und – so der Vorwurf – rechtlich untersagte Lieferungen in verbotene Bundesstaaten in Mexiko verschleiert.

Vieles spricht dafür, dass diese Aussagen und Angaben seitens Heckler & Koch nicht der Wahrheit entsprechen und die G36-Gewehre und deren Ersatzteile wissentlich, gezielt und geplant auch in die untersagten mexikanischen Bundesstaaten geliefert worden sind.

Korruption und schwerste Menschenrechtsverletzungen

Gemäß einem von der mexikanischen Regierung in Auftrag gegebenen Report gilt fast die Hälfte von rund 55.000 untersuchten Polizisten als „unzuverlässig“. Be-

Das G36 im Einsatz: Heckler&Koch-Gewehr bei der mexikanischen Polizei

reits im Dezember 2008 erklärte Präsident Felipe Calderòn, dass die Polizei im Kampf gegen das organisierte Verbrechen ein immenses Hindernis darstelle. Die Gegenmaßnahmen zur Korruptions- und Verbrechensbekämpfung gehen bis hin zur Überwachung von Polizisten durch Satelliten wie in der Industriestadt Querétaro nordwestlich von Mexiko-Stadt – nur eines von vielen Beispielen.

Warum Waffenexporte an mexikanische Polizeikräfte besonders folgenschwer sind, weiß auch amnesty international. Bereits im Jahr 2006 – als die Bundesregierung den Export von 2025 Gewehren nach Mexiko genehmigte – prangerte die Menschenrechtsorganisation zahlreiche Fälle des Waffengebrauchs von Seiten der Polizei gegen missliebige Oppositionelle an. Beispielsweise gingen Polizeieinheiten des Bundesstaates Oaxaca – immerhin einer der legal mit deutschen Waffen belieferbaren Bundesstaaten – „mit exzessiver Gewalt gegen streikende Lehrer vor". Weiter führte amnesty international aus, dass Polizeikräfte in Zivilkleidung Unterstützer der oppositionellen Organisation APPO durch Schusswaffengebrauch getötet hätten. Mitgliedern der Justizpolizei von Chihuahua warf ai Folter vor.

Im Jahr 2007 – mit 6.667 genehmigten Gewehrexporten Top 1 der H&K-Lieferjahre – wurden laut ai „in Mexiko erneut eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen begangen". In seinem Jahresbericht stellt amnesty international für 2007 fest: „Mehrfach gingen Polizeikräfte bei der Auflösung von Demonstrationen mit exzessiver Gewalt vor", des Weiteren warf ai Polizisten die Anwendung von Folter vor.

Fälle des Einsatzes von Waffengewalt durch Polizeien gegen missliebige Bürgerinnen und Bürger waren und sind in Mexiko an der Tagesordnung. Im Jahr 2008 verantworteten Angehörige von Militär und Polizei laut ai „schwere Menschenrechtsverletzungen wie exzessive Gewaltanwendung, willkürliche Inhaftierung, Folter und ungesetzliche Tötungen". Im Oktober 2008 wurden sechs indigene Einwohner in Chiapas von Polizeikräften erschossen.

Bis heute hat sich nichts an den Gewaltexzessen gegenüber Polizisten – beispielsweise durch die Drogenmafia –, aber auch durch Polizeieinheiten geändert: „Auch die Polizeikräfte des Bundes, der Bundesstaaten und der Kommunen begingen weiterhin in mehreren Bundesstaaten schwere Menschenrechtsverletzungen", schreibt ai im Menschenrechtsreport für das Jahr 2009. Zu ihnen zählt erneut die „exzessive Gewaltanwendung". Todesdrohungen wurden u.a. von Polizisten in Chihuahua bei einem Verhör angewandt. Im Bundesstaat Chiapas – wie Chihuahua eine der vier offiziellen „Unruheprovinzen" – erschoss die Polizei drei Migranten.

Die Liste von Menschenrechtsverletzungen durch mexikanische Polizeikräfte ließe sich beliebig fortführen. Jetzt gilt es zu recherchieren, wann und wo G36-Gewehre von Heckler & Koch als Drohmittel oder gar als Schusswaffe im Einsatz waren.

Strafanzeige gegen die H&K-Führung

Licht ins Dunkel lässt sich seitens der Staatsanwaltschaft Stuttgart durch Zeugenbefragungen und die Auswertung der vorliegenden Dokumente bringen. Vertreten durch meinen Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer habe ich am 19. April 2010 Strafanzeige gegen die Führungsriege von Heckler & Koch gestellt, u.a. gegen die H&K-Geschäftsführer Peter Beyerle und Martin Lemperle und den Hauptgesellschafter Andreas Heeschen, zugleich Mitglied im H&K-Beirat.

Der Vorwurf lautet auf Verstoß „gegen das Außenwirtschaftsgesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz sowie aller anderer in Betracht kommender Straf- und Ordnungswidrigkeitsvorschriften".

Lügen haben kurze Beine

Schenkt man den Oberen des Oberndorfer Unternehmens Glauben, dann hat Europas größter Hersteller von Gewehren und Pistolen G36-Sturmgewehre ausschließlich mit Genehmigung des Bundessicherheitsrats bzw. des Bundesausfuhramtes an mexikanische Sicherheitskräfte geliefert. Weder Waffen noch Mitarbeiter seien in die mexikanischen Unruheprovinzen entsandt worden. „Alle Waffen, die an Mexiko geliefert wurden, gingen an eine zentrale Beschaffungsstelle", so der H&K-Hauptgesellschafter Andreas Heeschen. Die mexikanische Seite habe Endverbleibserklärungen abgegeben, eine „direkte Lieferung in bestimmte mexikanische Bundesstaaten" sei „somit gar nicht möglich".

Selbstverständlich dürften die Waffen nicht direkt von Oberndorf in die Unruheprovinzen geliefert worden sein. Für die Umsetzung von Waffengeschäften gibt es die H&K-Vertretung Lamar und die staatliche DCAM vor Ort. Interessanterweise belegt ein offizielles Anerkennungsschreiben tagesgenau, wann Heckler & Koch-Repräsentanten mexikanischen Sicherheitskräften der Polizeiakademie Gewehre vorgeführt haben – wohlgemerkt das „fusil HK G-36". Und auch der Ort spricht für sich: Guadalajara, die Bundeshauptstadt von Jalisco – eine der vier verbotenen Bundesstaaten mit katastrophaler Menschenrechtslage.

Die Geschäftsleitung kommt nicht umhin, einzugestehen, dass Mitarbeiter des Unternehmens eben doch in Unruheprovinzen gereist sind – was sich sogar termingenau belegen lässt. Derlei Reisen waren allerdings kein Einzelfall, H&K-Waffenexperten wurden zu Wiederholungstätern. Dem Bundessicherheitsrat hat man dagegen vorgegaukelt, man halte sich an die Vorschriften. Wenn sich Frau Merkel und ihre Minister getäuscht sehen, kann man das nachvollziehen.

Notgedrungen ruft man bei Heckler & Koch jetzt Plan B aus. Man habe mexikanischen Polizisten – wohlgemerkt im mit Belieferungsverbot belegten Bundesstaat Jalisco – lediglich Sicherheitsunterweisungen an G36-Gewehren erteilt. Doch auch diese Behauptung wird einer kritischen Überprüfung nicht lange standhalten. Denn bei den Waffenvorführungen der G36 sei es eben nicht „nur" um Sicherheitseinweisungen gegangen, wie die H&K-Führung vorgibt, sondern auch

um die Ausbildung mexikanischer Polizeien am G36-Gewehr, heißt es aus gut informierten Kreisen.

Peter Beyerle – vom Landgerichtspräsidenten zum Waffenhändler?

Peter Beyerle, einer der Beschuldigten der Strafanzeige, ist in Juristenkreisen und auch in der Öffentlichkeit kein Unbekannter. Nach gut siebenjähriger Amtszeit war der vormalige Präsident des Landgerichts Rotteil – dem Landkreis, in dem die Heckler & Koch GmbH ihren Stammsitz hat – zum 30. November 2005 in den Ruhestand getreten.

Anlässlich der Inauguration des Beyerle-Nachfolgers Dr. Bernhard Keihl lobte der baden-württembergische Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll (FDP) Beyerle als einsatzbereiten, offenen, engagierten und menschlich immer geradlinigen Richter, dem sein Beruf wie auf den Leib geschneidert gewesen sei. Beyerle habe „mit einer weit überdurchschnittlich ausgeprägten juristischen Begabung, genauer Kenntnis der Rechtsprechung und hervorragendem Judiz jede Herausforderung seiner langen Dienstzeit glänzend bewältigt“. Zum Ende seiner Amtszeit dankte der Justizminister Beyerle für dessen „herausragende Leistungen“.

Stimmen aus dem Unternehmen lassen keine Zweifel daran aufkommen, dass der vormalige Präsident des Landgerichts Rottweil auch seiner vermeintlichen Seriosität wegen in die H&K-Geschäftsführung geholt worden ist. Bei Behördenkontakten hätten Beyerle die Türen offen gestanden. So soll der oberste Export„kontrolleur“ nicht nur vom Mexiko-Deal gewusst haben, sondern tiefer verstrickt sein – dabei sei nicht nur an die Genehmigungen der Reisen gedacht. Auch wenn Peter Beyerle am 11. November seinen 70. Geburtstag freudig gefeiert haben sollte, mag man in diesen Tagen doch nicht in seiner Haut stecken. Denn die Lage ist weitaus prekärer, als die Geschäftsführung zurzeit noch eingesteht.

Abwiegelungsstrategie der H&K-Geschäftsführung wird scheitern

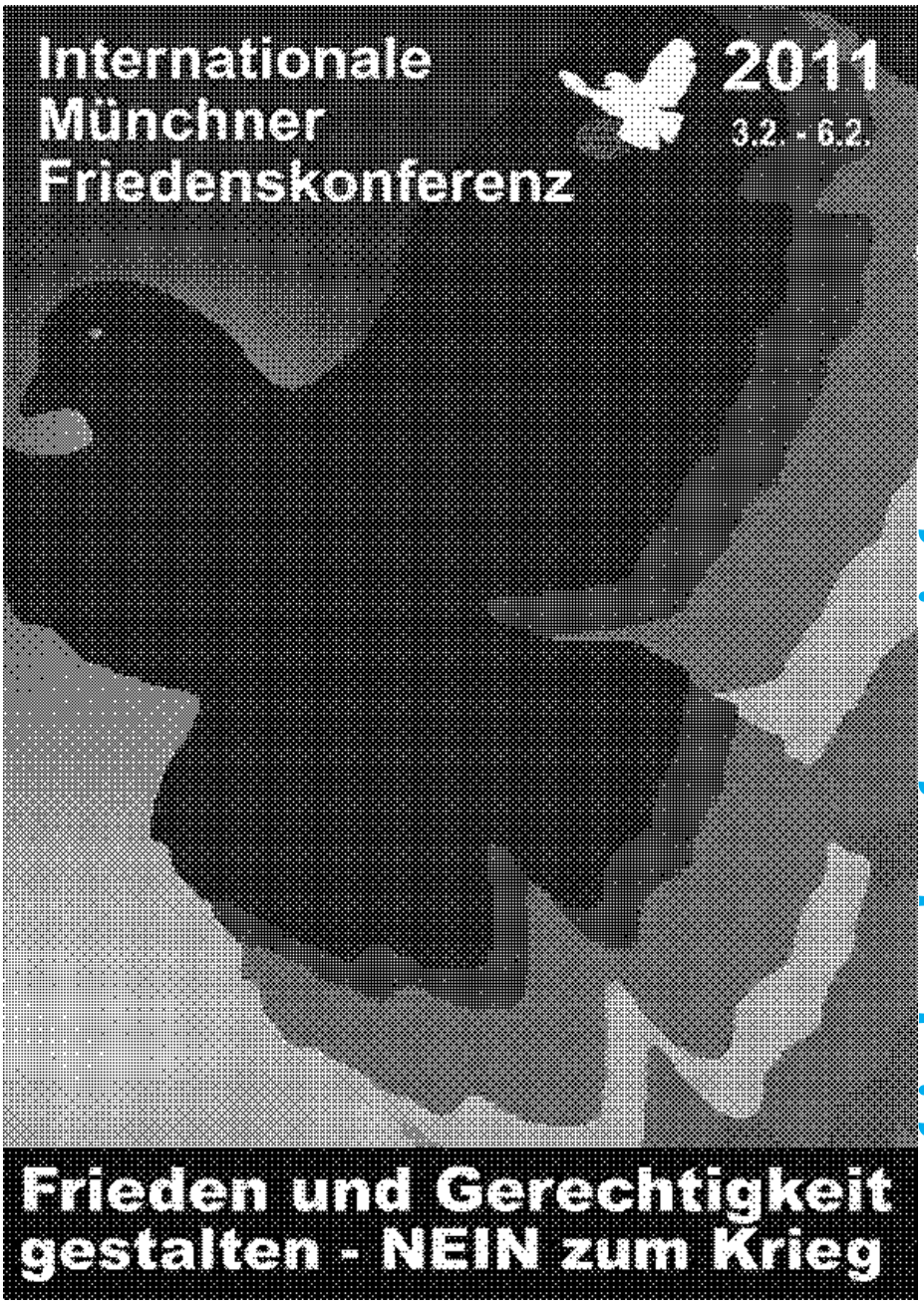
Unsere „Geräte“ – bei Heckler & Koch spricht man nicht gerne von „Waffen“ – sind dort, weiß ein Insider. Gemeint sind Unruheregionen Mexikos, die aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage niemals G36-Gewehre aus der Oberndorfer Fabrikation hätten erhalten dürfen. „Wir haben mexikanischen Polizisten sowohl die Handhabung der Waffen als auch deren Instandsetzung vermittelt“, also auch die Bedienung der G36-Gewehre und die Wiederinstandsetzung bei technischen Störungen.

Damit nicht genug: Beim Ausbildungsschießen soll sogar der Einsatz der Gewehre praktisch geprobt worden sein. Treffen die noch weitaus detailreicheren Ausführungen zu, dann wird es ernst für die H&K-Geschäftsführung. Reisen von gleich mehreren H&K-Mitarbeitern in verbotene Unruhprovinzen sollen von ganz oben genehmigt gewesen sein. Kein Wunder also, dass die Wellen auch in Mexiko hochschlagen. In einem mehrseitigen Beitrag berichtete das Politikmagazin Proceso über „Die Invasion der G36“.

Angesichts der Bedrängnis könnte die Heckler & Koch-Führung alsbald versuchen, die Verantwortung auf untergeordnete Mitarbeiter abzuwälzen, die in ausführender Funktion in den Exportdeal involviert gewesen sind. Doch auch diese werden sich zu wehren wissen. Das Problem für die H&K-Oberen liegt auf der Hand: Die Exportbeteiligten der Führungsriege der Oberndorfer Waffenschmiede sind bekannt, desgleichen die näheren Umstände und Verläufe der Reisen der H&K-Mitarbeiter in die Unruheprovinzen, ja sogar zahlreiche Details dieses vermeintlich illegalen Deals mit G36-Gewehren und deren Ersatzteilen sowie der Ausbildung mexikanischer Polizeien an der Waffe.

Jetzt ist die Staatsanwaltschaft am Zug.

Jürgen Grässlin ist DFG-VK-Bundessprecher und beschäftigt sich seit Jahren auch als Autor mit Rüstungsexporten und Heckler & Koch. Mitte Dezember berichtete das ARD-Magazin „Report“ (Mainz) über die H&K-Praxis.



www.friedenskonferenz.info

Ein Klima des Friedens

Konferenz des Internationalen Friedensbüros in Oslo

Von Guido Grünewald

Unter diesem Motto – Ein Klima des Friedens – fand Ende September in Oslo die Dreijahresversammlung des Internationalen Friedensbüros (IPB = International Peace Bureau) verbunden mit einem zweitägigen Seminar statt. Das IPB, ein Jahr früher als die Deutsche Friedensgesellschaft gegründet, feierte mit dem Treffen in Oslo gleichzeitig die Erinnerung an die Verleihung des Friedensnobelpreises an das Friedensbüro 100 Jahre zuvor. Guido Grünewald, internationaler Sprecher der DFG-VK, berichtet aus Oslo.

Nach der Feierstunde im neuen Nobel Peace Center zeigte das Seminar an den beiden Folgetagen exemplarisch das breite Themen- und Aktivitätsspektrum auf, welches das IPB auszeichnet. Atomare Abrüstung etwa ist ein Bereich, der von vielen Mitgliedsorganisationen kontinuierlich sowie periodisch auch vom IPB-Vorstand/Sekretariat als Schwerpunkt bearbeitet wird. Über Exitstrategien aus Afghanistan und Opposition gegen die westliche Kriegführung diskutierten – und stritten teilweise auch – Friedensaktivisten und der Direktor des bekannten Friedensforschungsinstituts Oslo (PRIO), während Alexander Harang vom Gastgeber Norwegischer Friedensrat am Selbstbild „Norwegen als Friedensnation“ kratzte und u.a. auf den steigenden Waffenhandel des Landes hinwies.

Breites Themenspektrum

Weitere (jeweils in einem Block von 90-120 Minuten behandelte) Themen waren Friedenserziehung – hier fand ich die Ausführungen der Historikerin Verdiana Grossi zur frühen Geschichte der Friedenserziehung besonders interessant – sowie Frauen und Frieden. Dabei ging es einmal um Gewalt gegen Frauen in kriegerischen Konflikten und die Arbeit mit betroffenen Frauen, über die z.B. Binalakshmi Nepram berichtete, Gründerin des Netzwerks Frauen in Manipur (Bundesstaat im Nordosten Indiens), deren Männer oder Söhne durch Kleinwaffen getötet wurden sowie Generalsekretärin der indischen Rüstungskontrollstif-

Maj Britt Theorin: Kein Klima des Friedens ohne volle Beteiligung von Frauen

Seit dem Jahr 411 vor unserer Zeitrechnung *(als Aristophanes das Drama Lysistrate schrieb*)* bis heute bekommen Frauen zu hören, sie sollten sich in die Kriege der Männer und ihre Friedensabkommen nicht einmischen. Aber mensch kann keinen dauerhaften Frieden schaffen, ohne die Hälfte der Weltbevölkerung an der Lösung von Konflikten, Vermittlungen und Friedensverhandlungen teilhaben zu lassen.

Vor inzwischen 10 Jahren hat der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedet, die in ihrem ersten Paragraphen das Recht von Frauen formuliert, auf allen Ebenen der Gesellschnaften am gesamten Friedensprozess teilzunehmen. Bisher verfügen erst 19 Staaten über einen Aktionsplan zur Umsetzung der Entschließung. Im Rahmen der Operation 1325, der fünf Frauenfriedensorganisationen angehören und die ich als Vorsitzende leite, arbeiten wir auf drei Ebenen: Wir drängen Regierungen und Parlamente, nicht nur einen Aktionsplan zu verabschieden, sondern ihn auch tatsächlich umzusetzen; wir informieren Frauen über die Menschenrechte und Methoden friedlicher Konfliktlösung und wir arbeiten mit Frauen in direkt von Konflikten betroffenen Regionen – im Nahen Osten mit palästinensischen und israelischen Frauen, mit Frauen aus dem Norden und Süden Sudans und ab nächstem Jahr mit Frauen im Irak. Später möchten wir mit Frauen in Afghanistan arbeiten, um sie über ihre Rechte zu informieren. Zusammen mit WissenschaftlerInnen prüfen wir, inwieweit die EU in ihrer Sicherheitsstrategie die Resolution 1325 erfüllt. Frauen machen lediglich 7 bis 10 Prozent des Personals der zivilen – wir sprechen nicht von den militärischen – Friedensoperationen der EU aus.

Wenn wir ein Klima des Friedens schaffen wollen, müssen wir Frauen am gesamten Friedensprozess teilhaben lassen: in der Konfliktverhütung, bei Vermittlungs- und Beobachtungsmissionen und nicht zuletzt bei Friedensverhandlungen.

Aktivisten, Parlamentarier und Diplomaten können zusammenarbeiten

Als Leiterin der schwedischen Abrüstungsdelegation hatte ich drei Rollen: Botschafterin, Abgeordnete und Friedensaktivistin. Als Botschafterin war ich direkt an Friedensverhandlungen in Genf beteiligt und im UN-System hatte ich die Federführung für zwei Studien der Uno: eine zu Atomwaffen und die zweite über die Folgen der Nutzung militärischer Ressourcen für die Umwelt. Als meine Partei *(die Sozialdemokraten)* 1991 die Wahlen in Schweden verlor, wurde ich erneut Delegierte bei den Vereinten Nationen.

Die Organisation Internationale Juristen gegen Atomwaffen hatte eine Resolution gegen Atomwaffen verfasst, in der ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof im Haag gefordert wurde, ob der Einsatz von oder die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen im Einklang mit dem Völkerrecht stehe. Als der Entwurf auf die Tagesordnung der UN-Generalversammlung kam, reagierten die Atomwaffenstaaten. Ich konnte beobachten, wie amerikanische Diplomanten an den Treffen der blockfreien Staaten teilnahmen und kleinere Länder mehr oder weniger einschüchterten, nicht für die Resolution zu stimmen.

Im darauf folgenden Jahr *(1994)* wurde die Entschließung dennoch verabschiedet, und sowohl die Friedensbewegung *(das IPB spielte eine größere Rolle im sogenannten World Court Project)* als auch wir Parlamentarier wurden aktiv. Es gelang mir, alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen für eine Entschließung zu gewinnen, die das schwedische Parlament annahm. Buchstäblich fünf Minuten vor zwölf teilte die konservative schwedische Regierung dem Haager Gerichtshof mit, das Parlament sei der Auffassung, dass der Einsatz und die Androhung eines Einsatzes von Atomwaffen nicht im Einklang mit dem Völkerrecht stehe. Zur Überraschung vieler kam der Internationale Gerichtshof *(1996)* zur selben Ansicht. Völkerrechtlich ist es verboten, Atomwaffen einzusetzen oder mit ihrem Einsatz zu drohen.

Das World Court Project ist ein Beispiel dafür, wie die Zivilgesellschaft, Abgeordnete und Diplomaten zusammen arbeiten können.

Maj Britt Theorin war in den 1980er Jahren schwedische Abrüstungsbotschafterin, Abgeordnete im Europaparlament und von 1992 bis 2000 Präsidentin des IPB. Diese Ausführungen sind ihrem Beitrag bei der Dreijahresversammlung am 26. September 2010 in Oslo entnommen. Kursiv gesetzt sind redaktionelle Anmerkungen von Guido Grünewald, von dem auch die Übersetzung stammt.

tung. Nepram erhielt für ihre couragierte und gefährliche Arbeit die Sean-McBride-Medaille, die jährlich vom IPB verliehen wird.

Ein zweiter Schwerpunkt dieses Themenblocks war die vor 10 Jahren verabschiedete Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats, in der laut § 1 „die Mitgliedstaaten nachdrücklich (aufgefordert werden), dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind.“ Die Entschließung wurde zwar in weiteren Resolutionen mehrmals untermauert, bisher aber nur mangelhaft umgesetzt *(siehe Kasten)*. In Deutschland drängt das Frauennetzwerk für Frieden *(www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de)*, das von Heide Schütz in Oslo vertreten wurde, auf einen nationalen Aktionsplan.

Global gegen Rüstung

Aktionsorientiert waren die Arbeitsgruppen zu Friedensarbeit in Afrika (eingeleitet von einem Aktivisten aus der Demokratischen Republik Kongo) und zur Anti-Nato-Kampagne sowie das Thema Abrüstung für Entwicklung, das seit einigen Jahren den Arbeitsschwerpunkt des IPB bildet. Informiert wurde u.a. über die US-amerikanischen Militärstützpunkte im Pazifik (Corazon Fabros von der weltweiten Kampagne gegen Militärstützpunkte), über Militärforschung in den USA *(siehe das Interview mit Subrata Goshroy)* und eine internationale Abrüstungskampagne der Jugendsektion „Religionen für Frieden“. IPB-Generalsekretär Colin Archer wies auf die enormen Militärausgaben hin, die bis 2009 über eine Dekade kontinuierlich angestiegen sind und mit 1.531 Milliarden US-Dollar höher sind als auf dem Zenit des kalten Krieges. Zwar haben Regierungen in der Folge der Finanzkrise begonnen, auch über Kürzungen bei den Rüstungsausgaben zu reden, aber ohne Druck der Zivilgesellschaft wird in dieser Hinsicht nicht viel geschehen. Das IPB hat daher erstmals für den 12. April 2011 (einen Tag nach Erscheinen des SIPRI-Jahrbuchs mit den neuesten Zahlen zu Militärausgaben) einen „Globalen Aktionstag zu Rüstungsausgaben“ initiiert und ruft dazu auf, diesen Tag kreativ zu nutzen und auf nationaler Ebene mit Umweltorganisationen, Initiativen zur Bekämpfung von Armut, entwicklungspolitischen Gruppen und Gewerkschaften Aktionsbündnisse zu bilden. Der erste Newsletter zu diesem globalen Aktionstag ist im Internet abrufbar unter der Adresse *www.ipb.org*.

Dort gibt es auch einen Katalog zur sehenswerten großen Fotoausstellung Making Peace, die dieses Jahr im Juni erstmals in Genf gezeigt wurde und als Wanderausstellung konzipiert ist. In Oslo befasste sich eine spezielle Abendsitzung mit der Geschichte von Friedensinitiativen. Die Themen reichten vom Einfluss der transnationalen Zivilgesellschaft auf die sowjetische Abrüstungspolitik unter Gorbatschow, die Rolle von Friedensmuseen für eine Kultur des Friedens und einem Überblick über gewaltfreie Interventionen in bewaffneten Konflikten bis zu einem Vortrag des Juristen und Friedensaktivisten Fredrik Heffermehl, der schlüssig nachwies, dass die politischen Parteien Norwegens das Nobelpreiskomitee usurpiert und das Testament Alfred Nobels verfälscht haben, der tatsächlich wollte, dass der Friedenspreis an Friedensverfechter (Aktivisten) ging, die sich für Abrüstung und Brüderschaft zwischen den Nationen einsetzen.

Das IPB wird aktuell erstmals von zwei gleichberechtigten PräsidentInnen geführt, Ingeborg Breines aus Norwegen (Direktorin der Nordland Akademie für Kunst und Wissenschaften, früher UNESCO-Direktorin) und Tomas Magnusson, Vorsitzender einer schwedischen humanitären Organisation. Mit 320 Mitgliedsorganisationen aus mehr als 70 Staaten ist das IPB breit aufgestellt. Die Tagung in Oslo hat einmal mehr gezeigt, dass das Friedensbüro einen breitgefächerten Marktplatz für friedenspolitische Themen bereit stellt, in dessen Rahmen mehrere wichtige Initiativen geboren wurden oder Raum zur Entfaltung fanden (z.B. internationales Symposium zu den Folgen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, World Court Project, Haager Friedensappell). Es wäre gut und hilfreich, wenn der Globale Aktionstag zu Militärausgaben zum Startpunkt einer globalen Kampagne gegen die obszön hohen Rüstungsausgaben würde.

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK und seit vielen Jahren ihr Vertreter beim Internationalen Friedensbüro.

„Steigt aus der Kriegsforschung aus!“

Interview mit dem US-amerikanischen Whistleblower Subrata Goshroy über Lügen, Tricks und Verquickungen der Rüstungsforschung

ZivilCourage: Militärische Forschung ist ein Bestandteil des militärisch-industriellen-wissenschaftlichen Komplexes, über den wenig bekannt ist. Wie hat sich die militärische Forschung in den USA entwickelt, welchen Umfang hat sie und wie ist sie strukturiert?

Subrata Goshroy: Es ist richtig, dass selbst gut informierte Menschen wenig über den Umfang der militärischen Forschung wissen. Unter militärischer Forschung verstehe ich im Folgenden die Forschung, die vom US-Militär unterstützt wird. Der Hauptzweck dieser Forschung besteht zwar darin, bessere Technologien für militärische Systeme zu entwickeln, aber das Pentagon finanziert auch Forschung zu Krebs.

In großem Maßstab begann Rüstungsforschung im Zweiten Weltkrieg. Zu dieser Zeit gingen forschungsorientierte

Universitäten wie das Massachussets Institute of Technology (MIT) eine enge Verbindung mit dem Militär ein, das große Geldsummen für wissenschaftliche Forschung zur Verfügung hatte. Während des kalten Krieges florierte der Forschungskomplex, da sich die USA darauf konzentrierten, gegenüber der Sowjetunion die technologische Überlegenheit zu erreichen. Das Forschungsbudget des Pentagon namens Research, Development, Test and Evaluation (RDT&E) umfasst verschiedene Kategorien und ist heute auf den enormen Betrag von mehr als 80 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Nur zwei Milliarden von diesem Betrag werden dazu verwendet, Grundlagenforschung an Universitäten zu finanzieren. Ca. 12 Milliarden Dollar gehen in angewandte und medizinische Forschung sowie in Technologie-Entwicklung. Der Rest des Geldes – ca. 65 Milliarden – wird hauptsächlich von Rüstungskonzernen wie Boeing, Lockheed oder Raytheon für Waffenentwicklung ausgegeben. Darüber hinaus gibt es federally funded research and development centers (FRRDC). Es handelt sich um Laboratorien, die keinen Gewinn abwerfen müssen und die eher anwendungsorientierte Forschung durchführen, die von einer oder mehreren Teilstreitkräften finanziert wird. Das MIT Lincoln Laboratory beispielsweise wird von der Luftwaffe unterstützt. Es erhält beträchtliche Geldmittel für Forschung zu Raketenabwehrsystemen.

Die universitäre Forschung wird sowohl von den Teilstreitkräften wie auch von der Defense Advanced Research Project Agency (DARPA) gesteuert. Die einzelnen Teilstreitkräfte haben ihre eigenen Forschungslaboratorien und -organisationen. Historisch haben die Marine und die Luftwaffe in großem Umfang Forschungsprojekte durch das Office of Naval Research (ONR) und das Air Force Office of Scientific Research (AFOSR) finanziert. In den letzten 20 Jahren hat die Rolle der von den Teilstreitkräften unterstützten Laboratorien jedoch abgenommen.

Eines der hauptsächlichen Forschungsgebiete ist die Raketenabwehr, für die jährlich fast 10 Milliarden Dollar ausgegeben werden. Im Schwerpunkt des Pentagon liegen außerdem die Abwehr von Cyberangriffen, Informationssicherheit, Netzwerkverbindungen und vernetzte Sensoren (sensor fusion) einschließlich hyperspektraler und Bio-Sensoren. Angewandte Materialien (Advanced material) und die Nanotechnologie liegen ebenfalls im Fokus. Außerdem gibt es erneut Interesse an so genannten gelenkten Energiewaffen. Das am besten bekannte Projekt ist die luftgestützte Laserwaffe (ABL=Airborne Laser), an der seit 15 Jahren gearbeitet wird.

ZivilCourage: Wie hoch ist der Einfluss der Rüstungsforschung auf die Zivilgesellschaft?

Subrata Goshroy: 80 Milliarden Dollar sind ein gewaltiger Betrag. Der Großteil wird für Waffenentwicklungen ausgegeben, und es gibt viel Verschwendung. Viele Waffensysteme werden nicht benötigt. Der militärisch-industrielle Komplex hat großen Einfluss und sorgt für einen stetigen Geldfluss in die Entwicklung von Waffensystemen, die fiktiven Bedrohungen Einhalt gebieten sollen. Selbst die Geldmittel, die an Universitäten gehen und formell für Grundlagenforschung verwendet werden sollen, werden tatsächlich oft für aktuelle Projekte genutzt.

Kürzlich ist der Bericht eines geheimen, vom Pentagon ernannten Ausschusses mit Namen JASON – niemand weiß, was diese Abkürzung bedeutet – bekannt geworden, der das Verteidigungsministerium für die abnehmende Qualität der Grundlagenforschung kritisiert.

Selbst wenn nur ein kleiner Teil der Gelder in den Verantwortungsbereich ziviler Wissenschaftseinrichtungen wie der Nationalen Wissenschaftsstiftung, die über einen deutlich strikteren intersubjektiven Überprüfungsprozess verfügt, umgelenkt würde, wären das Ergebnis bessere wissenschaftliche Erkenntnisse und folglich eine Wissensbasis mit breiterer Anwendungsmöglichkeit. Außerdem ist da ein langfristiger Effekt. Das Pentagon finanziert Forschung an Universitäten mit dem Ziel, die nächste Generation herausragender Wissenschaftler auszubilden, die nach ihrem Universitätsabschluss für das Unternehmen „nationale Sicherheit“ zur Verfügung stehen. Es zieht fähige Wissenschaftler und Ingenieure aus der zivilen Forschung ab. Viele MIT-Studenten sind zu Konzernen wie Raytheon, Lockheed, Mitre und SAIC gegangen, die hauptsächlich für das Militär arbeiten.

Dr. John Holden, Wissenschaftsberater von Präsident Obama, sprach vor Kurzem am MIT über die künftige Energieversorgung Amerikas. Die USA geben nur 5 Milliarden Dollar für Energieforschung aus. Er bedauerte, dass die Regierung für Forschung an Hochgeschwindigkeitszügen nicht genug Unterstützung mobilisieren konnte. Abgenommen hat auch die Förderung alternativer Energien einschließlich Photovoltaik, Windenergie und Fusionsforschung.

ZivilCourage: Wie hat sich Opposition gegen Rüstungsforschung entwickelt?

Subrata Goshroy: Am MIT entwickelte sich organisierter Widerstand gegen Rüstungsforschung 1969 auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges. Die protestierenden Studenten bezeichneten das MIT als „Pentagon Charles“, weil der MIT-Campus am Ufer des Flusses Charles liegt. Zwei Laboratorien bekannt als das Radar-Lab (heute das Lincoln Lab) und das Instrumentation Lab (inzwischen das Draper Lab) waren die Schwerpunkte der Proteste. Das Instrumentation Lab hat u.a. das Lenksystem für die nuklear bestückte Trident-Rakete entwickelt. Nach heftigen studentischen Protesten wurde das Instrumentation Lab vom MIT abgespalten und nach seinem Gründer Prof. Charles Draper benannt.

Zu diesem Zeitpunkt gab es weitere größere Proteste gegen den Krieg an vielen Universitäten im ganzen Land. Dazu zählten Top-Universitäten wie Berkeley, Columbia, Michigan und Wisconsin. Während sich die Proteste gegen den Vietnamkrieg insgesamt richteten, verlangten die Studenten, dass die Universitäten die Verbindungen zum Pentagon abbrachen.

Eine weitere Protestwelle, die militärische Forschung direkt attackierte, entstand Mitte der 1980er Jahre, nachdem Präsident Ronald Reagan angekündigt hatte, einen Raketenabwehrschirm gegen einen sowjetischen Atomangriff zu entwickeln. Wegen der vorgeschlagenen fantastischen irrealen Technologien (u.a. einem fiktionalen weltraumgestützten Röntgenlaser) wurde der Plan nach dem gleichnamigen Science Fiction-Film spöttisch Star Wars genannt. Studenten und vielfach ganze Fakultäten organisierten Proteste und forderten, es dürfe an Universitäten keine Forschung mit Bezug zu Star Wars geben. Diese Aktionen hatten den Effekt, dass die geheime Militärforschung von den Universitäten abgezogen wurde. Geheime Militärforschung am MIT findet heute beispielsweise am Lincoln Lab statt, das nicht mehr zum Campus gehört. Allerdings gibt es Professoren, die zwischen der Forschung und dem Regierungsapparat hin- und herpendeln und daher eine Zugangserlaubnis haben.

Trotz der Proteste und einigen Abspaltungen wie der erwähnten sind die Universitäten in den USA weiter in hohem Maße bezüglich Forschungsunterstützung vom Pentagon abhängig. Diese Beziehung wird von den Medien und der Öffentlichkeit kaum thematisiert.

ZivilCourage: Wann und wie wurden Sie zum Whistleblower?

Subrata Goshroy: Ich war lange Zeit als Techniker tätig und arbeitete in der zivilen wie militärischen Forschung. In den ersten Jahren war ich an nationalen Laboratorien tätig, die Forschung in Plasma-

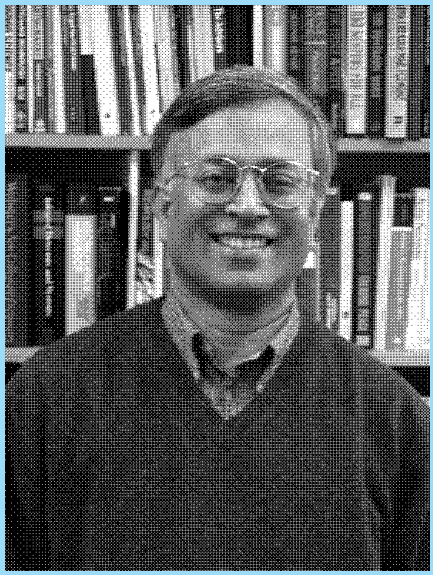
physik durchführten, um Fusionsenergie bzw. Teilchenbeschleuniger-Technologie zu entwickeln. Nach dem Amtsantritt von Reagan wurden die Gelder für diese Forschungsbereiche gekürzt. Mitte der 1980er Jahre begann ich, in der Rüstungsforschung zu arbeiten, um Hochenergie-Laser für das Star-Wars-Programm zu entwickeln, das großzügig finanziert war.

Die Projekte, an denen ich beteiligt war, versuchten, Laser zu entwickeln sowohl für Radareinrichtungen wie auch für Waffen, die mutmaßlich aus der Sowjetunion heranfliegende ballistische Raketen zerstören sollten. Für viele von uns wurde bald offensichtlich, dass die Leistungsanforderungen, die an diese Laser gestellt wurden, die Möglichkeiten der in unseren Laboratorien vorhandenen Geräte bei weitem überstiegen. In vielen Fällen waren es grundsätzliche physikalische oder Konstruktionshindernisse, die einer Funktionsfähigkeit der Versuchsgeräte im Weg standen. Es spielte keine Rolle. Die Forschungsarbeit wurde fortgesetzt, als ob derartige Hindernisse entweder nicht existierten oder als ob sie gegen das konträre technische Urteil der Wissenschaftler überwunden werden könnten.

Ich erinnere mich an eine bestimmte Kontroverse. Sie entspann sich um das Gewicht eines Lasers, der als Antwort auf eine Regierungsanforderung für eine Anwendung im Weltraum vorgeschlagen worden war. Das Gewicht war ein wichtiger Faktor in der Konstruktion des Lasers. Bezogen auf ein bestimmtes Gewicht hätte der Laser mit einer Effizienz funktionieren müssen, die viel höher lag als jegliche bisher bei Versuchen demonstrierte Effizienz in irgendeinem Laser. Zusätzlich gab es weitere Konstruktionsparameter, die im Experiment nicht nachgewiesen werden konnten.

Unglücklicherweise schreckten derartige Hindernisse, oft „Show Stopper“ genannt, weder die Manager im Pentagon noch die Rüstungsfirmen, die nach Mitteln und Profit gierten, davon ab, das Projekt auf Kosten gewaltiger Summen der Steuerzahler voranzutreiben. Auf Präsentationsfolien stand einfach, es gebe keine „Show Stopper“!

Ich war wegen dieser Vorfälle sehr verstört und versuchte erfolglos, Vorgesetzte darauf aufmerksam zu machen. Außerdem versuchte ich, mit Leitern des Regierungsprogramms darüber zu sprechen, wiederum ohne Erfolg. Alle saßen sozusagen mit im Boot. Mitte der 1990er Jahre entschloss ich mich schließlich, aus der Rüstungsforschung auszusteigen. Ich arbeitete für den US-Kongress, zunächst im wissenschaftlichen Dienst des Kongresses und anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Streitkräfteausschuss. Danach ging ich als Analyst zum US Government Accountability Office *(GAO, Pendant zum Bundesrechnungshof – Anm. d Red)*. Dort wurde ich zum whistleblower. Bisher bin ich der einzige whistleblower in der 90jährigen Geschichte des GAO.



Subrata Goshroy war lange Jahre in der Rüstungsforschung tätig. Heute leitet er beim Massachussetts Institute of Technology ein Projekt zur Förderung nuklearer Stabilität in Südasien und beschäftigt sich mit dem Einfluss von Raketenabwehrsystemen und Weltraumwaffen auf die globale Sicherheit. Beim IPB-Seminar in Oslo referierte er über Rüstungsforschung in den USA. Für die **ZivilCourage** sprach Guido Grünewald mit Subrata Goshroy.

Anfang 2000 erhielt das GAO eine Anfrage des Kongressabgeordneten Howard Berman aus Kalifornien (heute Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus), bestimmte Betrugsvorwürfe im Raketenabwehrprogramm zu untersuchen. Die Vorwürfe kamen von Dr. Nira Schwartz, einer in Israel geborenen Wissenschaftlerin, die bei TRW Inc. arbeitete, einer Rüstungsfirma mit Sitz in Los Angeles.

Dr. Schwartz behauptete, ein Kernbestandteil des Raketenabwehrsystems – Software für die Verarbeitung von Signalen, die von einem Infrarotsensor eingefangen wurden – funktioniere nicht so wie von TRW und Boeing, dem Hauptauftragnehmer für das Projekt, angegeben. Dr. Schwartz war eng an der Entwicklung der Software beteiligt. Später enthüllte sie Ergebnisse eines Tests, der unter der Regie der missile defense agency durchgeführt worden war. Der Test war 1997 mit Kosten von 100 Millionen Dollar durchgeführt worden, und die Auftragnehmer Boeing und TRW verkündeten in betrügerischer Absicht, er sei erfolgreich gewesen. Dr. Schwartz behauptete, der Test sei ein Fehlschlag gewesen.

Aufgrund meiner technischen Expertise und meiner Kenntnis mit dem Raketenabwehrsystem beauftragte mich das GAO mit der Leitung der Untersuchung. Ein zweiter erfahrener Analyst wurde zum Projektmanager ernannt.

Wir verbrachten fast zwei Jahre mit der Untersuchung der Vorwürfe. Ich befragte in diesem Zeitraum zahlreiche Wissenschaftler der Firmen und im Regierungsdienst, Programmmanager und Test-Evaluierer und verbrachte viele Stunden über geheimen Berichten und Testdaten. Letztlich kam ich zu dem Ergebnis, dass der Test fehlgeschlagen war, wie Dr. Schwartz behauptet hatte. Allerdings war der Fehlschlag meiner Einschätzung nach direkt auf ein Versagen des Infrarotsensors zurückzuführen. Wegen eines Fehlers im Kühlsystem erreichte der Sensor nicht seine Betriebstemperatur, die nahe am absoluten Nullpunkt (- 273 Grad Kelvin) liegt. Daher war er nicht in der Lage, brauchbare Signale der anfliegenden Rakete und der begleitenden Störkörper aufzufangen. Dr. Schwartz hatte vielleicht Recht mit ihrer Behauptung, die Software habe nicht funktioniert, aber wir konnten das nicht verifizieren, da es keine brauchbaren Daten gab. Das Ergebnis war jedoch dasselbe. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Konzerne und der aufsichtführenden Pentagonmanager war der Test nach allen Maßstäben ein kompletter Fehlschlag.

Unter dem Druck des Pentagon wollte das GAO dem Kongressabgeordneten Berman die Tatsachen nicht mitteilen. Stattdessen veröffentlichte das Büro im Februar 2002 einen Bericht, der die Rüstungsfirmen im Grunde von allen Verfehlungen freisprach. Vier Jahre lang kämpfte ich dafür, dass das GAO seinen Bericht zurückzog und ihn durch einen korrekteren ersetzte. Als das erfolglos bleib, schrieb ich einen 42seitigen Brief an den Kongressabgeordneten Berman, in dem ich die Vertuschung beim GAO detailliert beschrieb und den Kongress zum Handeln aufforderte. Die New York Times berichte am 2. April 2006 darüber. *(Der Bericht ist abrufbar auf http://www.house.gov/berman/newsroom/Ghosroy_Final_Letter.pdf)*

Leider zog der Kongress keine Konsequenzen. Meine Position beim GAO wurde ziemlich ungemütlich, so dass ich kündigte und zu meiner jetzigen Stellung am MIT wechselte. Dort forsche ich u.a. zum militärisch-industriellen Komplex und beleuchte vor allem die Beziehung zwischen Wissenschaftlern und dem Pentagon.

ZivilCourage: Wie kann der Widerstand gegen militärische Forschung effizienter werden? Gibt es in diesem Bereich eine internationale Zusammenarbeit?

Subrata Goshroy: Das ist eine große Herausforderung. Trotz des Zusammenbruchs der Sowjetunion sind die weltweiten Rüstungsausgaben gestiegen, angetrieben von den USA, die heute fast 700 Milliarden Dollar im Jahr für Rüstung ausgeben, genau so viel wie der Rest der Welt zusammen. Nach den Ereignissen des 11. September sind die Rüstungsausgaben in den USA dramatisch angewachsen, und es gab wenig politischen Raum, dies in Frage zu stellen.

Allerdings erleben wir heute eine nie dagewesene Wirtschaftskrise, die das Weltwirtschaftssystem in den Grundfesten erschüttert. In den USA hat nur massive Unterstützung der Regierung ein korruptes Bankensystem vor einem totalen Zusammenbruch bewahrt auf Kosten enormer öffentlicher Mittel. In Europa stellt die Krise die Existenz des Sozialstaats in Frage. Unter dem Druck internationaler Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds werden Regierungen in Europa zu Sparmaßnahmen gezwungen und müssen scharfe Einschnitte ins soziale Netz vornehmen, die die kleinen Leute hart treffen. In Spanien, Italien, Portugal und Frankreich protestieren die Menschen gegen derartige Einschnitte.

Unmoralische und illegale Invasionen im Irak und in Afghanistan haben große Zerstörungen in diesen Ländern verursacht und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet. Die Kosten für diese beiden Kriege haben inzwischen 1 Billion Dollar überschritten, und auch in den USA wächst nun der Widerstand, der in Europa bereits stark war.

Es kommen daher einige Faktoren zusammen: eine massive Wirtschafts- und Finanzkrise, eskalierende Kriegskosten und zunehmende Verluste an Menschenleben, ein großes Misstrauen gegenüber Politikern und Institutionen sowie eine zunehmende Desillusionierung gegenüber dem so genannten Krieg gegen den Terror. Erstmals gibt es selbst auf Regierungsebene Zweifel, ob das hohe Niveau der Rüstungsausgaben beibehalten werden kann. Verteidigungsminister Robert Gates hat kürzlich mehrmals davon gesprochen, unnötige militärische Programme einzustellen und den Rüstungshaushalt in bescheidenem Umfang zu kürzen.

Derartige Bemerkungen waren bis vor kurzem undenkbar. Auch in Großbritannien wird offen über Einschnitte in den Rüstungshaushalt gesprochen.

Eine nicht offizielle Befragung in den USA, die vor wenigen Tagen von der New York Times veröffentlicht wurde, zeigt, dass 71 Prozent der Befragten Kürzungen bei den Ausgaben für Atomwaffen und für Weltraumwaffen befürworten. Weitere 79 Prozent unterstützen eine Reduzierung des US-Militärhaushalts. Daher ist jetzt die Zeit zum Handeln gekommen.

Das Internationale Friedensbüro hat eine globale Kampagne „Abrüstung für Entwicklung“ ins Leben gerufen. Das Internationale Netzwerk Techniker und Wissenschaftler für globale Verantwortung (INES) steht am Beginn einer Kampagne, in der eine „Zivilklausel“ in allen Universitätssatzungen gefordert wird, die Forschung für militärische Zwecke verbietet. An einigen Universitäten in Deutschland gibt es bereits eine derartige Klausel. In Großbritannien haben Professoren die Regierung aufgerufen, das Budget für Rüstungsforschung zugunsten ziviler Forschung zu kürzen. All das bietet die Möglichkeit, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um eine ernsthafte Überprüfung der nationalen Prioritäten zu fordern und einen großen Schritt weg von der Kriegswirtschaft zu machen.

„Militär muss leider eingesetzt werden.“

Ein Erfahrungsbericht zum Bundeswehr-Simulationsspiel POL&IS

Von Markus Pflüger

Keine richtige Spielfreude: Pazifisten testen bei der Bundeswehr das Simulationsspiel POL&IS

Das Simulationsspiel POL&IS (= Politik und Internationale Sicherheit) wird von den Jugendoffizieren der Bundeswehr als Angebot der politischen Bildung mit Schülergruppen durchgeführt. Es wird von Friedensgruppen stark kritisiert, weil es als herausragendes Propagandainstrument der Jugendoffiziere im Rahmen des gesamten Bundeswehr-Werbefeldzuges gilt. Friedensbewegte hatten die Möglichkeit, es Anfang Oktober erstmals zu spielen. Für die Friedensaktivisten war dies eine Chance, das Spiel aus erster Hand kennenzulernen und kritisch zu ana-

lysieren, um Friedensbildung statt Militarisierung voranzubringen.

Ohne radikale Opposition

Wir waren eine ziemlich bunte Gruppe aus der Friedensbewegung: Von Mitgliedern unabhängiger Friedensorganisationen über internationale Entsendeorganisationen von Friedensdiensten und Trainingsanbietern bis zu Vertretern von kirchlichen Friedensgruppen sowie Schüler- und Gewerkschaftsvertreter. Das Spiel fand in der Bundeswehrseminarstätte Winterberg im Sauerland statt.

Nach einer kurzen Einführung ging es direkt los. Wir verteilten die Rollen, also Regierungschefs, Wirtschaftsminister, UN-Generalsekretär – bei uns eine Generalsekretärin –, Weltpresse und NGOs. „Polis heißt, realitätsnah ein paar Tage Weltpolitik zu spielen“, meinte ein Jugendoffizier. Mangels Teilnehmern konnte die Opposition nicht besetzt werden, dafür seien größere Gruppen notwendig. Interessant dabei auch, dass die Opposition in Europa laut Spielvorgabe nur „konservativ“ oder „liberal“ war – grundsätzliche Fragen und linke Perspektiven hätte sie also nicht eingefordert – aber sie fiel ja ohnehin aus.

Nach der Berechnung unserer wirtschaftlichen und militärischen Grundlagen – der Afghanistaneinsatz wurde beispielhaft auf der Karte der Staatschefs durch Waffenkärtchen und Koffer für Entwicklungshelfer aufgestellt – wurden von uns „politische Programme“ für unsere jeweiligen Länder erstellt und auch mit Redebeiträgen vor der UN-Versammlung vorgetragen.

Die Wirtschaftsminister handelten parallel mit Gütern, um den jeweiligen Bedarf sicherzustellen – es ging nicht für al- Länder gut aus, der Jugendoffizier meinte dazu: „Generell haben wir in der Polis-Welt keine Versorgungsprobleme, sondern ein Verteilungsproblem wie in der wirklichen Welt auch.“ Soweit richtig, merkwürdig allerdings, dass dieses Problem im Spielrahmen nicht grundsätzlich angegangen werden kann; die strukturelle Ungerechtigkeit ist zwar teilweise erkennbar, aber sie kann in diesem System wohl nicht überwunden werden. „Wir können nur an der Oberfläche kratzen, mehr geht leider nicht“, hieß es.

Teilweise drohten auch Hungersnöte und damit Aufstände oder Streiks, die die Spielleiter initiieren können. Soziale Bewegungen, die es direkt nicht gibt, erscheinen also wie ein schädliches Ereignis und nicht wie eine Chance auf Umverteilung oder das Engagement für demokratische Teilhabe von unten. POL&IS versuche, die Realität abzubilden, und dazu scheint zu gehören, dass sie nicht grundsätzlich geändert werden kann.

Einige Ländervertreter rüsteten logischerweise auf, quantitative Abrüstung bei qualitativer Aufrüstung inklusive mehr Entwicklungshilfe wurde als gutes Sicherheitskonzept gelobt. Wer wie wenige massiv abrüstete, musste mit den daraus resultierenden wirtschaftlichen Nachteilen klarkommen. Viele schlossen Handels- und Friedensverträge, manche versuchten auch, Druck auf andere Länder auszuüben, um ihre Ziele zu erreichen. Der Schwerpunkt von POL&IS liegt auf volkswirtschaftlichen Fragen. „Es gibt Simulationen, in denen [im militärischen Bereich] kaum etwas passiert“, erklärte ein Jugendoffizier. Es führt also nicht direkt zu militärischen Interventionen, es zeigt erst ausführlich vor allem wirtschaftliche Zusammenhänge und Abhängigkeiten auf – allerdings in einem festen Weltgefüge mit einem eher herrschaftsorientierten Menschenbild; die Bevölkerung kommt nicht vor, nur ihre Vertreter – auch das Parlament spielt in demokratischen Staaten keine Rolle, es musste aus Vereinfachungsgründen entfallen – es gibt ja Repräsentanten.

Die drei beteiligten Jugendoffiziere erklärten kompetent das Spiel und halfen den Einzelnen geduldig bei ihren Berechnungen und Maßnahmen – eine dankbare Rolle als Freund und Helfer im simulierten Weltgeschehen. Allein ihre Präsenz als Spielleiter bzw. als durchführende Institution impliziert, dass Militär selbstverständlich ist und seine Rolle unentbehrlich. „Militär ist ein politisches Mittel, dass leider hier und da in der Welt eingesetzt werden muss“, so die klare Ansage an die friedensbewegte POL&IS-Versammlung.

Militärischer Werbeeffekt

Insgesamt sind die kapitalistischen Rahmenbedingungen, zivil-militärische Zusammenarbeit und generell eine herrschaftsorientierte Politiksicht im Spiel vorgegeben. Generell stellt sich mir jetzt noch stärker die Frage, warum die Bundeswehr damit an Schulen gehen darf – politische Bildung gehört für mich nun mal in die Hände von pädagogischen Fachkräften und nicht in die von Soldaten. Alleine dass sie so etwas machen können, beinhaltet eine Message mit Werbeeffekt fürs Militärische. POL&IS informiert über weltpolitische Zusammenhänge und wirbt damit geschickt indirekt für die Selbstverständlichkeit und Unabkömmlichkeit des Militärs und die Notwendigkeit seines Einsatzes.

POL&IS – ein Kurzüberblick

Zielgruppe sind vor allem SchülerInnen der 10. bis 13. Klasse, aber auch Lehrer, Referendare und Studierende, 30 bis 45 Teilnehmer, Dauer 3 Tage, Anleitung durch 2 Jugendoffiziere. Die Polis-Welt ist in dreizehn Regionen aufgeteilt, in denen die Rollen des Regierungschefs, Staatsministers (Militär), Wirtschaftsministers und Umweltministers von Spielern übernommen werden (die Opposition spielt, soweit ersichtlich, eher eine untergeordnete Rolle). Darüber hinaus sind auch nichtstaatliche Organisation wie z.B. Greenpeace oder Amnesty International sowie die Weltbank, die Weltpresse und die Vereinten Nationen (in Form des Generalsekretärs) eingebunden. Es gibt je einen Umwelt-, Wirtschafts-, und Militärbereich. Im Zentrum des Wirtschaftsbausteins steht die Versorgung der eigenen Bevölkerung, wofür die Produktion in den Sektoren Energie, Rohstoffe, Industrie und Agrar gesteigert werden muss. Unterversorgung muss über den Weltmarkt ausgeglichen werden. Wirtschaftswachstum erzeugt wiederum Verschmutzung, die durch Investitionen in Umweltmaßnahmen abgeschwächt werden muss – oder man verschifft den Müll in eine der ärmeren Regionen. Der Militärbereich spielt insgesamt eine eher untergeordnete Rolle, da zwischenstaatliche Kriege gemäß der Spielmechanik äußerst kostspielig sind und sanktioniert werden. Innerstaatliche sowie nichtstaatliche internationale Konflikte hingegen konnten (bei etwa gleichen „Kosten“) sowohl militärisch als auch zivil bearbeitet werden. Während Militär, Ökologie und Ökonomie nach festen Regeln funktionieren, werden im politischen Bereich Programme entworfen, die Maßnahmen in nahezu jedem Politikbereich beinhalten können. Die Bewertung dieser Programme in Form eines Bonus oder einer Sanktion obliegt den leitenden Jugendoffizieren, die hierüber einen massiven Gestaltungsspielraum haben, indem sie Anreize für aus ihrer Sicht „richtige“ Maßnahmen geben können.

Markus Pflüger ist DFG-VK-Mitglied und aktiv bei der AG Frieden Trier. *Weitere Links zu dem Bundeswehr-Simulationsspiel: IMI-Analyse zum Planspiel POL&IS: www.imi-online.de/2010.php?id=2188; als PDF: http://imi-online.de/download/IMI-Analye2010-37-POLISa.pdf; Interview mit Markus Pflüger zum „Spielen mit der Bundeswehr“: www.jungewelt.de/2010/10-25/030.php*

Gewaltfrei Leben gestalten

Aktionskonferenz PAXX – Peace Action Trainings

Von Roland Blach, Stephan Brües und Otto Reger

Vom 29. Oktober bis 1. November fand im Volkshaus Neckarau in Mannheim eine intensive und kreative Aktionskonferenz statt: *PAXX – Peace Action Trainings*. Neben dem Hauptinitiator DFG-VK waren auch das Heidelberger Party-Kollektiv „Party & Activism“, die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, das Friedensplenum Mannheim und der Bund für Soziale Verteidigung aktiv beteiligt.

Die Idee der Aktionskonferenz war, frischen Wind in die Friedensbewegung zu bringen, neue und altbewährte Aktionsformen (wieder) kennenzulernen und einzuüben und mit den besprochenen Inhalten zu verknüpfen.

Drei Meter hohe Großpuppen und Straßentheaterszenen zeigten, dass die rund 60 TeilnehmerInnen der viertägigen *PAXX – Peace Action Trainings* in den Workshops erfolgreich neue Formen gefunden haben, Abrüstung und Frieden wieder stärker in die öffentliche Debatte zu bringen.

Das ist dringend nötig angesichts der Tatsache, dass Deutschland Europameister im Rüstungsexport ist und auch die Bundeswehr selbst permanent teure und effizienter tötende Waffen beschafft. Während die Bundeswehr ihre Einsätze im Ausland und ihre Werbefeldzüge im Inland verstärkt, kommt die atomare Abrüstung kaum voran: Immer noch lagern die Atomsprengköpfe im Fliegerhorst Büchel in der Eifel in Rheinland-Pfalz. Darüber wurde in den Themen-Workshops intensiv informiert und diskutiert.

Ausgelassen Party feiern und beim Lachworkshop Tränen lachen lässt sich sehr gut mit inhaltlicher Arbeit verbinden: In den Workshops beschäftigte man sich – unterstützt durch kompetente Referentinnen wie z. B. Regina Hagen oder Lisa Schindler und Referenten wie Andreas Buro, Torsten Schleip und Roland Vogt – mit aktuellen Fragen. Wie Konflikte gewaltfrei ohne Blutvergießen bearbeitet werden können, war dabei ebenso ein Thema wie die Konversion von Militärflächen. Wie die BürgerInnen-Bewegung FREIe-HEIDe in Brandenburg der enorme Erfolg gelang, dass die Bundeswehr auf den Bombenabwurfplatz verzichtet, berichtete Roland Vogt.

Anlass der Aktion war die Mannheimer Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik. Als „Dialogforum“ zwischen Streitkräften, Rüstungsbeschaffungsbürokratie, Rüstungsindustrie und Forschung sorgt sie dafür, dass die Waffenentwicklung unablässig vorangetrieben wird und passende Bedrohungsszenarien in die Medien gepuscht werden.

Welche Rolle die Bundesakademie spielt, schilderte Jürgen Grässlin in seiner Kundgebungsrede. Anhand von konkreten Beispielen verdeutlichte er, was es für die Menschen in anderen Ländern bedeutet, dass Deutschland nach den USA und Russland der drittgrößte Rüstungslieferant geworden ist: tausendfachen Tod, Verstümmelung und unendliches Leid. Dieser Zusammenhang wurde in verschiedenen, überaus kreativen Aktionsformen – ob durch die Großpuppen oder durch Straßentheater – verdeutlicht.

Konkret praktizierte Kreativität

Ja, Kreativität wurde großgeschrieben: In den Workshops an den Vormittagen wurden Aktionsformen wie Ziviler Ungehorsam, Rebel Clowns, Straßentheater und Großpuppenbau eingeübt. Da war Körperarbeit angesagt: Maschinen bilden, Emotionen ausdrücken, neue Definitionen alltäglicher Dinge erfinden („My lie“). Mitreißende Clowns- oder Straßentheater-TrainerInnen wie Captain Chameleon oder Anita Bertolani und Shiva Grings inspirierten die überaus motivierten Akteure – junge wie alte – zu kreativen Höchstleistungen, die bei der Aktion am 1. November am „Technoseum“ (Museum für Technik und Arbeit) aufgeführt wurden.

Ein echter „Hingucker“ (Überschrift im „Mannheimer Morgen“ am 2.11.2010) waren die drei Meter hohen Schreibtischtäter/töter, die unter der Anleitung von Larry Swingle an drei Tagen gebaut wurden.

Sie waren die Umsetzung unserer Interpretation dessen, was auf dem Mannheimer Bundeswehr-„Bildungscampus“ geschieht: Einerseits das Erlernen von Kompetenzen, wie man einen Militärapparat wie die Bundeswehr am Laufen hält, um so als Schreibtischtäter zu fungieren. Andererseits das Handeln als Schreibtischtöter, indem man dafür sorgt, Waffensysteme zur Truppe zu bringen. Oder indem man die Vernetzung von Militärverwaltung, Politik und Rüstungsindustrie und deren Bedrohungsspirale perfektioniert („Terrorismus“ – Sicherheitstechnik, Aufklärungstechnik, Waffensysteme – weitere Bedrohung, „skrupellosere Terroristen“, „gefährdete Versorgungssicherheit“ – Sicherheitstechnik ...)

Vor der eigentlichen Kundgebung gab es noch ein „entrüstendes/entrüstetes Fotoshooting“ auf dem Gelände des Bildungscampus, bei welchem die Schreibtischtäter/töter und Entrüster für ein Foto in Szene gesetzt wurden. Eine „kreative Hinterlassenschaft“ in Form eines Flyers in den Briefkästen der Wohnheime der Bundeswehrangehörigen sollte diesen einen bleibenden Eindruck von der „Invasion der PAXXianer“ vermitteln. Eine prompte, empörte eMail eines Soldaten erreichte uns und zeigte, dass wir registriert wurden. Übrigens wurde diese unangemeldete Aktion noch de facto „polizeilich genehmigt“, denn eine Polizeistreife kam zufällig des Weges, fragte, was denn hier auf dem Bundeswehrgelände geschehe. Ein Fotoshooting, oh, interessant (mit Blick auf die Großpuppen), dann macht mal weiter, wir gehen

dann unseres Weges... Und so zogen sie von dannen.

Wie gehen Gewaltfreie mit Gewaltbereiten um?

Einer der Anlässe für das *PAXX Action Training* waren die für gewaltfreie AktivistInnen frustrierenden Ereignisse in Straßburg 2009. Wie sollen Gewaltfreie mit Gewaltbereiten umgehen? In einem Workshop von Andreas Speck (War Resisters´ International) und Renate Wanie (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden) wurden verschiedene Akteure wie Polizei und DemonstrantInnen in ihren Beweggründen und Handlungen analysiert. Mithilfe des Forumtheaters (nach Augusto Boal) wurde in einem konkreten Rollenspiel ausprobiert, wie man in einem Demonstrationszug reagiert, wenn jemand – im Schutz der gewaltfreien Gruppe – einen Stein auf die Polizei wirft. Die Patentlösung gibt es nicht, aber zweckmäßige Vorschläge. Die überzeugendste Idee schlug die jüngste Teilnehmerin vor: Die DemonstrantInnen, die damit nicht einverstanden sind, skandieren „Keine Steine“, ohne dass der Zug gestoppt wird.

Was bleibt?

Mit 20 bis 80 Jahren (Andreas Buro) war das Alter der TeilnehmerInnen und ReferentInnen breit gestreut; etwa ein Drittel waren jüngeren Alters. Eigentlich wollten die OrganisatorInnen jedoch mehr junge Leute erreichen, um auch personell frischen Wind in die Friedensbewegung bringen zu können. Künftig könnte das besser gelingen, wenn wir die jungen Leute bereits in der Planungsphase besser einbinden und so die passende (An-)Sprache für diese Zielgruppe finden.

Die DFG-VK war gut vertreten: AktivistInnen aus Hamburg, Leipzig, Witten, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Kirchheim-Teck, Ludwigsburg, Erlangen, Ansbach, Wetzlar, Trier, Tübingen und Weinheim waren als Teilnehmende oder ReferentInnen dabei. Neben den bereits genannten ReferentInnen waren auch AktivistInnen aus der lokalen Szene (Rote Hilfe Heidelberg, Radio-und Internet-AktivistInnen aus Heppenheim) vertreten.

Alle zeigten sich in der Auswertungsrunde sehr zufrieden mit der Veranstaltung: „tolle Leute kennengelernt“, „viel Spaß gehabt“, „neue MitstreiterInnen gefunden“, „klasse Essen“ (ein Lob an Markus und Gina für ihre edle vegane Küche).

Die Presseresonanz war gut, selbst dpa, die sonst eher selten auf solche Aktionen anspringt, waren interessiert. Die örtlichen Medien berichteten positiv.

Das Fazit: Es war eine kreative und ungeheuer Spaß machende Veranstaltung, die in jedem Fall wiederholt werden sollte – ohne die organisatorischen Mängel, die es (leider) auch gegeben hat. Die Auswertung durch das Orga-Team hat bereits stattgefunden – eine Neuauflage wird angestrebt. Wann das geschehen könnte, ist allerdings noch ungewiss, jedoch sicher nicht kurz vor einem Castor-Transport.

Eine DVD mit einem Video und vielen Fotos ist beim DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg erhältlich. Weitere Informationen, insbesondere Pressartikel, sind im Internet zu finden unter *www.paxx-action.net*

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg, Stephan Brües ist ZivilCourage-Redakteur, Otto Reger ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mannheim. Alle drei waren in der Vorbereitung von PAXX engagiert.

PAXX 2010
PEACE ACTION TRAININGS
WWW.PAXX-ACTION.NET

Die DFG-VK programmatisch weiterbringen

Einladung zur Programmdiskussion am 5. Februar in Berlin

Von den DFG-VK-Landesverbänden Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

(Red.) Die vom berlin-brandenburger DFG-VK-Landesverband angekündigte „Aktion Schampussaufen“ hat um die letzte Jahreswende für heftige Diskussionen im Verband gesorgt. Vereinzelt wurde vorgeschlagen, einen außerordentlichen Bundeskongress einzuberufen, um das Programm zu verändern. Der Bundesausschuss hat auf seiner Sitzung im März intensiv über die ganze Angelegenheit diskutiert. Als Ergebnis beschloss er, dass der Bundesverband „ab sofort bis zum ordentlichen Bundeskongress 2011 in eine Diskussion über ein Programm, die Ziele und Mittel sowie die Satzung des Verbandes“ eintritt. Die Landesverbände wurden aufgefordert, „Möglichkeiten in ihren Bereichen zu schaffen, bei denen Diskussionen zu einer Aktualisierung des Programms der DFG-VK diskutiert werden können.“ Einzig die Landesverbände Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben bislang diese Aufforderung aufgenommen und laden nun mit dem hier veröffentlichten Text zu einem Treffen am Samstag, 5. Februar, nach Berlin ein.

Im Rahmen der Programmdebatte laden die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern und Berlin-Brandenburg alle interessierten Aktiven der DFG-VK zu einer Diskussion in Berlin ein. Diese Diskussion soll dazu beitragen, die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Programms zu konkretisieren.

In einem ersten Schritt soll es nicht darum gehen, konkrete Formulierungen vorzulegen und auf der Diskussionsveranstaltung zur Abstimmung zu stellen. Vielmehr wollen wir anhand einiger inhaltlicher Fragen diskutieren, die wir derzeit als dringend und notwendig ansehen. Die Diskussion wird von uns so gestaltet, dass es mehrere Themenkreise (möglichst nacheinander und nicht gleichzeitig), gibt, für die wir jeweils Impulsreferate vorbereiten, über die dann gemeinsam gesprochen wird. Gleichzeitig sollten wir bereits darüber nachdenken, welche technischen Konsequenzen aus der Diskussion folgen können.

Einladung zur Programmdiskussion
Samstag, 5. Februar, 13 bis 18 Uhr
Die Programmdiskussion ist verbandsöffentlich. Anmeldungen beim Landesverband Mecklenburg-Vorpommern *(mv@dfg-vk.de)* sind nicht obligatorisch, aber hilfreich, damit wir bei sehr reger Nachfrage ggf. noch größere Räume buchen oder andere Änderungen mitteilen können. Diese werden dann auch auf der Homepage *www.dfg-vk.de* mitgeteilt. Bei Interesse versenden wir noch vor der Diskussion eingehende Diskussionsbeiträge an angemeldete TeilnehmerInnen.
Ort: Haus der Demokratie, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin. Anfahrt vom Bahnhof Alexanderplatz mit der Tramlinie M4 sowie den Buslinien 200 und 240. Haltestelle ist jeweils „Am Friedrichshain“.

Aktionen zum Stopp von deutschen Kriegseinsätzen

In der bisherigen Formulierung des Programms fehlt eine ausdrückliche Thematisierung von Aktionen zum Stopp von laufenden deutschen Kriegseinsätzen.

Sicherlich sind Aktionen zur langfristigen strukturellen Beseitigung der Kriegsführungsfähigkeit Deutschlands – wie sie heute im Programm stehen – vonnöten. Aber: Der unmittelbare Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Kriegen erfordert eine andere Dringlichkeit von Aktionen. Hier sterben konkret Menschen durch einen von diesem Staat geführten Krieg. Das stellt eine neue Herausforderung an die DFG-VK, denen die bisher thematisierten langfristigen und strukturellen Ziele nicht gerecht werden.

Zu überlegen wäre, ob nicht umfassend „Die Rolle der DFG-VK im Krieg“ thematisiert werden sollte. Zu beachten wäre dabei folgende Aspekte:

- die historische Rolle der DFG im WK I („Vaterlandsverteidiger“ vs. Verweigerer; vgl. einschlägige Arbeiten von Guido Grünewald usw.)
- Streben nach einer gesellschaftlichen Mehrheit gegen den Krieg auf der einen Seite, auf der anderen Seite: Forderung nach sofortigem Kriegsende, die ggf. zu einer Niederlage der „eigenen“ Seite und damit verbunden zu gesellschaftlicher Isolierung führen kann
- Problematik, dass Propaganda gegen den Krieg kriminalisiert werden kann „Landesverrat“)
- Zu behandeln wäre hierbei die Frage, welche Haltung die DFG-VK zu Formen der indirekten (Blockaden...) wie direkten Sabotage (Unschädlichmachung von Kriegsgerät...) einnimmt.

Die DFG-VK strebt die völlige Ächtung des Soldatentums an – hierbei muss eine Formel gefunden werden, die den Widerspruch aushält zwischen dem Ansatz, auch Soldaten als möglicherweise zu überzeugende Menschen zu betrachten, und sie zugleich als Mörder/Mordinstrumente benennt. Die Menschenwürde des einzelnen Soldaten soll ihm nicht genommen werden, aber es soll ihm vor Augen gehalten werden, dass er die Menschenrechte anderer auf das Äußerste verletzt, wenn er sie tötet oder bedroht.

Provokation als Mittel der politischen Arbeit

Das bisherige Programm benennt nicht explizit die Provokation als Mittel der politischen Arbeit. Es stellt sich die Frage, ob dies geändert werden sollte. Zwar erfüllt die politische Provokation sicherlich die Bedingungen, wie sie im Programm als Beispiele gewaltfreier Methoden gestellt werden. Andererseits kann diese Aktionsform zu Belastungen für den Gesamtverband führen, die nicht immer gut kalkulierbar sind. Hier ist zu diskutieren, inwieweit eine prinzipielle Bereitschaft des Verbandes und seiner RepräsentantInnen eingefordert werden sollte, solche Belastungen zu tragen.

Darüber hinaus kann der Rahmen der Programmdiskussion dazu genutzt werden, die Frage der grundsätzlichen Legitimität der politischen Provokation zu klären: Ist es zu rechtfertigen, politische Entscheidungen durch Provokation zu beeinflussen, ohne die Annahme, dass deren Form und Inhalt zumindest perspektivisch von einer gesellschaftlichen Mehrheit getragen wird? Die Programmdiskussion könnte auch dafür genutzt werden, sich darüber zu verständigen, inwieweit Provokation überhaupt eine Aussicht hat, Kriegspolitik zu beeinflussen und in welcher Weise sich ihre Wirkung gegen Kriegspolitik entfaltet.

Bündnispolitik

Die DFG-VK wird daran festhalten, ihre politischen Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln zu verfolgen. Als pazifistische Organisation gehört dies zur ihrer Kernidentität. Diskussionsbedarf gibt es allerdings im Bereich der Bündnispolitik der DFG-VK. Hierbei geht es insbeson-

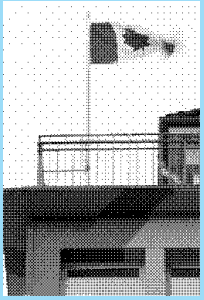
dere um Bündnisse mit linken und antimilitaristischen Gruppierungen, die sich ebenfalls für eine gewalt- und herrschaftsfreie Welt einsetzen, aber nicht unter allen Umständen auf militantes Agieren als ein Mittel zur Erreichung dieser verzichten wollen.

Hierbei kann die DFG-VK zwar auf dem prinzipiellen Widerspruchsverhältnis von gewaltfreiem Ziel und militantem Mittel bestehen, sollte sich aber darüber verständigen, was es heißt, Bündnisse einzugehen mit Gruppierungen, die für die Erreichung bestimmter Teilziele nicht auf Militanz verzichten meinen zu können. Denn es gilt, das Band zu halten zwischen allen emanzipatorischen Kräften gegen den Krieg, gerade auch mit jenen, die als Konsequenz rationaler Entscheidungen zu militanten Mitteln greifen und dies für politisch begründbar halten. Pauschale Abgrenzungen und Distanzierungen wären eine Schwächung der Antikriegsbewegung.

In Blick auf die schlussendliche Formulierung des Programms sollte dort nicht festgeschrieben werden, welche konkrete politische Strategie für die DFG-VK allein verbindlich ist. Gerade deshalb ist aber eine Diskussion notwendig, wie mit Konflikten, die sich aus der Verfolgung verschiedener politischer Ansätze ergeben, umgegangen werden sollte. In dieser Hinsicht sind die drei Themenfelder gewählt, weil wir dort den größten Diskussionsbedarf sehen.

Darüberhinaus sollte darüber nachgedacht werden, wie die Programmdiskussion verstetigt werden kann. Es gibt die Idee, eine ständige Programmkommission einzurichten, die jedem Bundeskongress Vorschläge zur Anpassung des Programms und ggf. der Satzung an die aktuellen politischen Entwicklungen vorlegt. Auch sollte generell darüber nachgedacht werden, ob es die DFG-VK angesichts des verschärften Vorgehens staatlicher Stellen gegen Kritik an der Kriegspolitik der BRD – die im Übrigen ja auch wesentlich aus der DFG-VK selbst zu kommen hätte – für nötig und möglich hält, einen eigenen Antirepressionsapparat (Konsens über den Umgang mit Daten, stabile Kontakte zu Rechtsanwälten, Vernetzung mit Solidaritätsstrukturen ...) aufzubauen. In Programm und Statut könnten auch verbindlichere Festlegungen über von vornherein als bundesländerübergreifend angelegte Projekte der DFG-VK und über das gegenseitige Kennenlernen unter den Landesverbänden fördernde Maßnahmen aufgenommen werden, wenn das als zweckmäßig erscheint.

Oh wie schön ist (wäre) Kanada!



Trotz klirrender Kälte fanden sich am Donnerstag, dem 9. Dezember, gegen 16.00 Uhr in Düsseldorf gegenüber dem kanadischen Generalkonsulat einige Frauen und Männer zu einer Kundgebung zusammen. Mitglieder regionaler Friedensgruppen und des Düsseldorfer Flüchtlingsrates setzten ein deutlich sicht- und hörbares Zeichen der Solidarität mit desertierten Soldaten und Soldatinnen. Aktueller Anlass: Seit dem Einmarsch in den Irak sind es mehr als 25.000 Militärangehörige der US-Streitkräfte, die sich mit dem hohen persönlichen Risiko einer langen Haftstrafe und einer ungewissen Zukunft einem Kriegseinsatz entzogen haben, den sie auf Grund ihrer konkreten Erlebnisse nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Hunderte von desertierten SoldatInnen sind nach Kanada geflohen.

Nach aktuellen Meinungsumfragen stimmen Zweidrittel der kanadischen Bevölkerung einem Bleiberecht für Soldaten zu, die sich durch Desertion einem völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz entziehen. Trotzdem fand Ende September dieses Jahres eine entsprechende Gesetzesinitiative im Kanadischen Parlament keine Mehrheit. Die kanadischen Behörden haben seit 2008 schon mehrere US-Deserteure in die USA abgeschoben, die dort zu Haftstrafen von 9 bis 15 Monaten verurteilt wurden. Nun droht Hunderten US-amerikanischen Deserteuren ein ähnliches oder schlimmeres Schicksal.

Auf der Kundgebung wurde die kanadische Regierung aufgefordert, dem Wunsch ihrer Bevölkerung gerecht zu werden und verfolgten Deserteuren einen sicheren Aufenthalt zu gewähren. Eine entsprechenden Petition sollte dem Konsulat übergeben werden. Darin fordert eine Vielzahl von regionalen und überregionalen Friedensgruppen, antimilitaristischen und demokratischen, den Menschenrechten verpflichteten Organisationen die Regierung und das Parlament Kanadas auf, den nach Kanada geflohenen US-amerikanischen und aus anderen Ländern stammenden Deserteuren ein Bleiberecht zu gewähren und die Abschiebungen in die Verfolgerstaaten zu beenden.

Doch die Übergabe und auch der Einwurf der Petition in den Hausbriefkasten des Konsulats wurde zuvor schriftlich als auch den KundgebungsteilnehmerInnen vor Ort durch die Polizei untersagt mit der Begründung, dass das Konsulat dies nicht wolle und die Polizei verpflichtet sei, das unerwünschte Betreten kanadischen Territoriums zu verhindern; eine Realsatire angesichts der Tatsache, dass die „gefürchtete“ Petition am nächsten Tag von einer Kundgebungsteilnehmerin dem Vizekonsul mit einer kleinen Rede im Konsulat übergeben wurde.

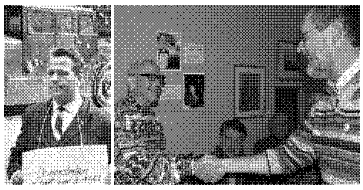
Auf der Kundgebung wurde nicht nur die bedrohliche Lage für die Deserteure in Kanada thematisiert, sondern auch die Situation in Deutschland. Bis jetzt ist hier eine Regelung der Europäischen Union vom Oktober 2006 nicht umgesetzt worden, die ein Asylrecht für Menschen vorsieht, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen. Der US-Deserteur Andre Shepherd, der im November 2008 in Deutschland Asyl beantragte, wartet immer noch auf eine entsprechende Entscheidung des Bundesamtes im Asylverfahren.

In einer Grußbotschaft an die US-Deserteure in Kanada erklärte Andre Shepherd: „Als Deserteur des „Krieges gegen den Terror“ sende ich meinen Kameraden auf der anderen Seite des Atlantiks meine volle Unterstützung. Ich bitte die Regierung Kanadas auch darum, noch einmal über ihre Entscheidung nachzudenken, diesen mutigen Männern und Frauen den Schutz zu versagen. Sie stehen auf der Seite des Rechts, selbst angesichts der mächtigsten Regierung der Welt.“

Wilfried Porwol, DFG-VK Kleve.

Die Kundgebung und die Petition wurden getragen von: Aktionsbündnis gegen Militarismus und Krieg (amk) Düsseldorf, Antifa Velbert, Buchladen Bibabuze Düsseldorf; Connection e.V.; DFG-VK-Gruppen Düsseldorf-Wuppertal, Kleve und Neuss, ethecon (Stiftung Ethik & Ökonomie) Berlin, Flüchtlingsrat Düsseldorf, Motorradfahrer/innen ohne Grenzen, Unterstützerkreis Andre Shepherd Düsseldorf-Niederrhein, Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen Regionalgruppe Düsseldorf

Jahrzehnte für den Frieden



Empfang zum 85. Geburtstag des NRW-Ehrenvorsitzenden Alois Stoff

Von Klaus Maliga

Marschieren wir gegen den Osten ?“ – zuerst etwas zögerlich, dann bald aus voller Kehle erklang das alte Ostermarsch-Lied, danach auch „We shall overcome“: „Familienfeier“ im Ev. Gemeindehaus Altenessen-Süd. Die DFG-VK-Gruppe Essen und der DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen hatten aus Anlass des 85. Geburtstages von Alois Stoff zum Empfang geladen. Viele Weggefährten aus vergangenen Zeiten waren gekommen, um die Jahrzehnte gemeinsamen Engagements gegen Krieg und Rüstung Revue passieren zu lassen. Klaus Knierim, früher im Essener Brecht-Chor, gab den musikalischen Rahmen. „Familienfeier“ ist das treffende Wort, denn der langjährige Vorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende der DFG-VK in NRW sagt: „Meine Familie ist die Friedensbewegung.“

Bereits in den 1950er-Jahren war Alois Stoff gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik aktiv geworden. Er arbeitete mit der IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner) und wirkte Ende der Sechziger mit an der Fusion mit der DFG (Deutsche Friedensgesellschaft) und dann mit dem VK (Verband der Kriegsdienstverweigerer) zur heutigen DFG-VK. Stoff war, wie der Landesverband das Wirken des rüstigen Rentners auf der Homepage würdigt, „Initiator neuer Aktionsformen, ob es die ersten Sitzblockaden vor Kasernen, Vortragsreisen mit bekannten Persönlichkeiten oder die ersten Ostermärsche im Ruhrgebiet waren.“ Auch im Ostermarsch-Jubiläumsjahr 2010 stand er als Redner auf der Bühne in Düsseldorf.

Gitti Schubert, frühere Geschäftsführerin des Landesverbandes, und der heutige Landesgeschäftsführer Joachim Schramm zeigten die Stationen auf und blickten auf legendäre Ereignisse der Bewegung zurück, wie zum Beispiel auf den Ostermarsch 1963 mit dem Einreiseverbot für 55 britische Atomwaffengegner – „Sitzstreik und Tumulte auf dem Flughafen“ titelten die Zeitungen damals.

Wie wichtig Alois Stoff für die DFG-VK, für die Friedensbewegung und für viele Einzelne war, stellten auch Gerd Greune, früherer Bundesvorsitzender, langjähriger internationaler Akteur für die DFG-VK und heute für *Ifias (Institute for International Assistance and Solidarity)* in Jerusalem tätig, sowie Sonnhild und Ulli Thiel für den Landesverband Baden-Württemberg in Grußbotschaften heraus *(siehe Kasten)*.

Dass Alois Stoff, der Kriegstreiber und Rüstungsprofiteure gerne schlicht als „Halunken“ bezeichnete, immer aus dem und mit dem Herzen sprach, machte vor allem Gitti Schubert deutlich: Viele der heute noch Aktiven fanden durch Alois Stoff zur DFK-VK. Dass anderen die Friedensbewegung zur Herzensangelegenheit wurde, daran hatte Alois Stoff mit seiner Gradlinigkeit, seiner Aufrichtigkeit und dazu noch der gehörigen Portion Humor großen Anteil.

Für die Fakten-Sammlungen, das ganze Zahlenwerk drumherum, dafür war dann seine Lebensgefährtin Christa Clausen, langjährige Landeskassiererin, zuständig. Eine Arbeitsteilung, für die sich der sichtlich bewegte Alois Stoff in einer kurzen Erwiderung ausdrücklich bedankte.

Klaus Maliga ist Mitglied im nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesarbeitsausschuss.

Lieber Alois,

zu deinem 85. Geburtstag möchten wir dir ganz herzlich gratulieren. Diese Glückwünsche lassen wir Dir nicht nur in unser beider Namen, sondern auch für den DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg und dessen SprecherInnen-Kreis zukommen. Für Dein neues Lebensjahr wünschen wir dir Gesundheit und viele schöne Stunden und Tage.

Gerne erinnern wir uns an unsere gemeinsame Aktivenzeit in der DFG-VK, Du als Aktiver und Vorstandsmitglied des LV NRW und wir als Landesvorstandsmitglieder Baden-Württembergs. Es waren meistens bundesweite Seminare, Kongresse oder Bundesausschuss-Sitzungen, bei denen wir uns sahen, miteinander sprachen oder diskutierten. In politischen Detailfragen waren wir zwar nicht immer einer Meinung, aber wenn wir uns „stritten“, dann waren diese Auseinandersetzungen immer von großem gegenseitigen Respekt und einer grundsätzlichen Solidarität geprägt. Wir wussten uns einig in dem gemeinsamen Kampf für den Frieden und für eine Welt ohne Rüstung und ohne Kriege. Dieses Ziel haben wir zwar immer noch nicht erreicht, aber wir sind uns sicher, dass Du mit Deinem unermüdlichen und glaubwürdigen Engagement für Abrüstung und Frieden ganz wesentlich dazu beigetragen hast, dass wir diesem Ziel etwas nähergekommen sind.

Wir wünschen dir und euch allen eine schöne und fröhliche Geburtstagsfeier und grüßen ganz herzlich

Sonnhild und Ulli Thiel

Lieber Alois,

meine allerherzlichsten Glückwünsche zum 85. Geburtstag. Natürlich geht einem so manches durch den Kopf an solch einem Tag. Zunächst mal vielen Dank dafür, dass Du mir und anderen den Weg gezeigt hast zum anständigen Pazifisten und Antimilitaristen. Wir haben die olle DFG mit der jungen IdK in NRW gemeinsam zu einem großen Verband gemacht mit tollen Aktionen und politischen Ideen.

Vor 40 Jahren der 1. Kongress Jugend gegen Kriegsdienst im Essener Saalbau, dann 1974 Beethovenhalle und 1980 in Hamm. Unvergessen Dein Auftritt vor der UNO in Genf auf der Abrüstungskonferenz mit Olof Palme.

Jetzt sind wir also älter, und die andere Seite tut so, als habe sie den Kalten Krieg gewonnen. Das wird sich noch zeigen. Die Gefahren des Militarismus sind jedenfalls noch nicht gebannt. Das sieht man hier im Nahen Osten jeden Tag. Das Militär bleibt weiterhin die stärkste Bedrohung von Frieden und Demokratie.

Du hast gegen Atomwaffen gekämpft und tust es noch. Wir brauchen einen langen Atem, hast du gesagt. Gut, dass es junge Leute gibt, überall in Europa und auch hier im Nahen Osten, die gegen Gewalt und Aufrüstung aufstehen. Du weißt selbst, was es heißt, dabei zunächst in der Minderheit zu sein. Ostermärsche wurden dann aber immer größer und wir wurden immer mehr .

Vielleicht sind das die letzten verzweifelten Versuche der Militärclique mit Afghanistan und dem Irak, der Welt zu demonstrieren, dass sie militärisch gewinnen können. Es klappt absolut nicht mehr, selbst mit gigantischen Apparaten wie der Nato. Das muss selbst der letzte Trottel in Uniform sehen. Die Weltöffentlichkeit macht das auch nicht mehr mit. Die Bundesregierung muss jetzt anderen Europäern folgen und aufhören, junge Leute am Hindukusch zu verheizen und die dortige Zivilbevölkerung zu terrorisieren.

Und jetzt also das Ende der Kriegsdienstpflicht in Deutschland? Haben wir damit gar nichts mehr zu tun? Nur weil ein von und zu Guttenberg das auf den gesetzlichen Weg bringt? Das Ende der Wehrpflicht ist auch ein Ergebnis von jahrzehntelangem Kampf für Verweigerung und gegen Kriegsdienst. Das sollten wir nicht diesen Militaristen überlassen. Und das ist ein Grund zum Feiern. Die Bundeswehr wird es nach 2011 schwer haben, die Militärdienstpflicht wieder einzuführen. Ich bin davon überzeugt, dass der nächste Schritt der Abzug aus Afghanistan ist und nicht die erneute Mobilisierung für den Kriegsdienst.

Ich würde mich freuen, wenn meine europäischen Freunde aus den KDV-Verbänden mit der DFG-VK in NRW im nächsten Jahr das Ende der Kriegsdienstzeit in Deutschland mit einer guten Veranstaltung in Bonn im Mai politisch würdigen, und hoffe, dass wir uns spätestens dort sehen werden, wenn es gelingt.

Ich grüße Dich, ebenso wie Christa, der ich gute Genesung wünsche, und lasse Dich nochmals hochleben.

Stets Dein Gerd Greune

Tod im Wendland – Trauer um Patriq

Patrick List *18. November 1965 †10. November 2010

Ein Nachruf der DFG-VK-Gruppe Mainz

Am 22. November 2010 wurde von Medien berichtet, dass im Wendland ein Castor-Gegner aus Mainz tot aufgefunden wurde. Erste Befürchtungen wurden dann leider zur Gewissheit: Es handelte sich um Patriq (Patrick List).

In seinem unermüdlichen Einsatz für eine andere, eine friedlichere und eine bessere Welt hatte er vom 4. bis 8. November zusammen mit anderen Menschen aus Mainz und Wiesbaden an den Aktionen gegen den Castor-Transport teilgenommen. Er starb an einem der folgenden Tage, vermutlich durch einen tragischen Unfall.

Patriq war Antifaschist, Pazifist, Antimilitarist. Er war ein wichtiger Mensch in sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Bewegungen.

Er engagierte sich als aktives Mitglied der Mainzer Gruppe der DFG-VK und als freier Journalist der Medieninitiative Mainz/Wiesbaden Radio Quer. 2004 beteiligte er sich an der Gründung des Mainzer Sozialforums. Patriq war einer der wesentlichen Organisatoren der „Not-Welcome-Mr.-Bush-Demo“ im Februar 2005 in Mainz.

Eine Facette von Patricks vielseitigen Aktivitäten wäre uns beinahe verborgen geblieben: Er war auch Mitbegründer des Vereins „Weißer Kranich“, der sich der Pflege asiatischer Heil-, Meditations- und Kampfkunst widmet.

Fotos, Bilder, Musik, Radiosendungen, Fernsehsendungen im Offenen Kanal und einiges mehr zeigen Patriqs Kreativität und Experimentierfreude.

Patriq konnte Ungerechtigkeit kaum ertragen. Seine Offenheit war am Mitgefühl und Wohlergehen der Menschen und anderer Lebewesen orientiert, denen er mit Respekt und Selbstlosigkeit gegenüberstand. Abgelehnt hat er den gedankenlosen Konsum von Natur, Mitmenschen, Gewalttätigkeiten, den Egoismus und Kapitalismus. Patriq litt sehr unter der Ignoranz von Mitmenschen und er erarbeitete sich immer wieder eine menschliche lebensbejahende Haltung.

Er war ein lustiger, hilfsbereiter, immer kritischer, manchmal ein wenig chaotischer und immer sehr ehrlicher Mensch.

Patriq, wir danken Dir für Dein Engagement, für Deine Kritik, Deine Freundschaft, Deine gelebte pazifistische Einstellung und für jeden Tag, den wir mit Dir verbringen durften.

Patriq, wir vermissen Dich schon jetzt sehr!

DFG-VK-Gruppe Mainz

Foto: Hofi

Die Umstände von Patriqs Tod sind teilweise noch unklar. Patriqs Familie kann die Aufklärung nicht allein finanzieren. Für diesen Zweck wurde ein Treuhandkonto eingerichtet.
Bankverbindung: Treuhandkonto Nachlass Patrick List, Corinna Mann; Mainzer Volksbank, BLZ 551 900 00, Konto-Nummer 792 10 30 12
Weitere und aktuellere Informationen im Internet: www.dfg-vk-mainz.de; www.aku-wiesbaden.de; http://antifa-nierstein.de

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 830 46 00
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00

DFG-VK

8. Strategiekonferenz 2011 der Kooperation für den Frieden

Kriegsgefahren
im Nahen und Mittleren Osten
unsere
Handlungsmöglichkeiten
für Frieden

Hannover,
21. und 22. Januar 2011

Pavillon • Lister Meile 4

Freitag, 21.1.2011, 19:30 Uhr
Samstag, 22.1.2011, 9 bis 17 Uhr

Freitag, 21. Januar

19.30 Uhr
Aktuelle Kriegsgefahren im Nahen und Mittleren Osten
Vortrag von André Bank,
GIGA Institute of Middle East Studies, Hamburg

20.15 Uhr
Unsere Verantwortung im Nahen Osten
Podium mit
Bernhard Krane (Israelreferat - Aktion Sühnezeichen Friedensdienste)
Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi)
Prof. Dr. Rolf Verleger (Vorsitzender der Jüdischen Stimme für Gerechten Frieden)
Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein (IPPNW)
Moderation Reiner Braun (IALANA)

Samstag, 22. Januar

9:00 Uhr Begrüßung, Organisatorisches

Eine Region zwischen Krieg und Frieden
Podium mit
Adam Keller (Gush Shalom), Friedensaktivist und Publizist der Zeitschrift „The other Israel“, Holon/Tel Aviv
Dawood Hamoudeh
(The Grassroots Palestinian Anti-Apartheid Wall Campaign) Ramallah/Westbank
Clemens Ronnefeldt (Versöhnungsbund)
Moderation Renate Wanie (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden)

11:00 Uhr Kaffeepause

11:30-13:00 Uhr und 14:15-15:30 Uhr

Workshops, Analysen - Diskussion - Strategien/Handlungsoptionen

Workshop Innergesellschaftliche Entwicklung in Israel

Input: Rudi Friedrich (Connection e.V.), Adam Keller (Gush Shalom, Friedensaktivist und Publizist der Zeitschrift „The other Israel“), Holon/Tel Aviv;
Moderation: Kathrin Vogler (DFG-VK)

Workshop Innergesellschaftliche Entwicklung in Palästina

Input: palästinensischer Referent (s.o.), Matthias Jochheim (IPPNW), Martin Forberg (Internationale Liga f. Menschenrechte); Moderation: Judith Conrads (Bund für Soziale Verteidigung)

Workshop Die Rolle Deutschlands und der EU im Nahostkonflikt

Input: Jürgen Grässlin (DFG-VK), Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Christina Pfestroff (pax christi); Moderation: Wiltrud Rösch-Metzler (pax christi)

Workshop Atomkriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten

Input: Reiner Braun, Clemens Ronnefeldt; Moderation: Birgit Bellen (pax christi)

13:00 Uhr Mittagspause

15:30 Uhr Kaffeepause

16:00 Uhr Präsentation der Workshops

17:10 Uhr Resümee: Prof. Dr. Andreas Buro

17:30 Uhr Verabschiedung

Programmänderungen sind kurzfristig möglich.

Tagungsadresse
Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover
Tagungstelefon 0171/7557826

Tagungsbeitrag: 25 Euro (inkl. Mittagessen), ermäßigt 15 Euro; Spenden erwünscht

Übernachtung: Wer sich anmeldet, erhält Informationen zu Übernachtungsmöglichkeiten

Anreise
HBF Hannover, Hinterausgang (Nordausgang/ „Raschplat“) immer geradaus, 300 m Fußweg

Kontakt und Anmeldung bis 18. 1. 2011
Kooperation für den Frieden
Römerstr. 88 • 53111 Bonn
Tel. 0228/69 29 04
info@koop-frieden.de
www.koop-frieden.de

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!